

Ausgabe für Hessen

Nr. 3/2021
Jahrgang 05

H 1318 F

Zeitung für gesamtdeutsche und europäische Politik, Wirtschaft und Kultur

Deutsche Umschau



Politik:

Auftaktveranstaltung zum
Tag der Heimat in Berlin

Hessen:

BdV stellt seine Arbeit
im Landtag vor

Kultur:

Tagung „Flucht, Vertreibung,
Neuanfang“ in Wiesbaden

Herausgeber:

BdV 
Bund der
Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.

Landesverband Hessen e.V.
www.bdv-hessen.de
www.facebook.com/bdvhessen 



Inhalt

- 3 BdV-Bundesversammlung
wählt neues Präsidium
- 4 Auftakt zum Tag der Heimat 2021
- 7 Gedenktag für die Opfer
von Flucht und Vertreibung
- 8 Ehrung für Joachim Gauck
- 10 BdV-Landesverband Hessen
zu Gast im Landtag
- 11 Organisationstagung im Wiesbadener
Haus der Heimat
- 12 80. Jahrestag der Deportation
der Russlanddeutschen
- 13 Daniel Herman erhält
Europäischen Karlspreis
- 14 Lexikon der
Landsmannschaft Weichsel-Warthe
- 15 Kultur-Förderpreis für Julian Klötzl
- 16 Vertriebenenedenkmal
in Alsfeld wieder eingeweiht
- 17 Zeichen gegen das Vergessen
in Groß-Gerau enthüllt
- 18 Alte Geschichte(n) neu erzählt:
Tagung „Flucht, Vertreibung,
Neuanfang“
- 19 Kranzniederlegungen
am Darmstädter Waldfriedhof
- 20 „Dokumentationszentrum Flucht,
Vertreibung, Versöhnung“ eröffnet
- 22 Ein „Vertriebener“ erinnert sich
- 23 Dokumentarfilm
„Faszination Klöppeln“ vorgeführt
- 24 Ein Sudetendeutscher
als Architekt der Mathildenhöhe
- 25 Reinfried Vogler beging
seinen 90. Geburtstag
- 25 Zum 70. Geburtstag
von Margarete Ziegler-Raschdorf
- 26 Trauer um Rosemarie Kretschmer
- 27 Termine

Titelbild

Deportation im Jahr 1941, Beladung der Eisenbahnwaggons, Gemälde des russland-deutschen Malers Viktor Hurr, geb. 1949 in Stalinogorsk, jetzt Nowomoskowsk

Angemerkt...

Daheim zwischen Ost und West

Wie viele Russlanddeutsche hat Dr. Ottilie Klein eine im wahrsten Sinne des Wortes bewegte Familiengeschichte. Ihre Vorfahren kamen aus Süddeutschland und folgten vor mehr als 250 Jahren dem Ruf Katharinas der Großen ans Schwarze Meer. Die Großeltern wurden unter Stalin von Odessa und Dnje-propetrowsk hinter den Ural in den Osten des sowjetischen Staates deportiert.

Aufgewachsen in Zentralasien in Tadschikistan und Kasachstan in der damaligen Sowjetunion, gelang es ihren Eltern Anfang der 1980er-Jahre, in die DDR und Ende 1983 in die Bundesrepublik auszureisen. 1984 geboren, wächst Ottilie Klein im Schwarzwald auf, studiert in Bonn, den USA und Oxford und promoviert in Helsinki und Gießen. Heute lebt und arbeitet sie in Berlin und kandidiert für die CDU für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Berlin-Mitte. Hier erzählt sie Michele W., einer Studentin der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, ihre Familiengeschichte:

„Die Großeltern berichteten vom schlimmen Leid in der Zeit der Deportation, von Arbeitslager, Hunger, Kälte und Tod. Das gesprochene Deutsch war eine Mischung aus dem altertümlichen Deutsch der Vorfahren, eingedeutschem russisch-sowjetischen Vokabular und schwäbischem Dialekt. So divers ihre Sprache, so zwiespältig sind die Gefühle vieler Russlanddeutscher zur Be-

stimmung ihrer Heimat. In der Sowjetunion wurden sie ‚die Deutschen‘ geschimpft, als ‚Faschisten‘ diffamiert und aufgrund ihrer Deutschstämmigkeit, die im Pass vermerkt war, diskriminiert.

Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, in Deutschland anzukommen ist schwerer als gedacht. Das Ost-West-Thema beschäftigt mich auch aus einem anderen Grund: Meine Eltern sind Anfang der 1980er unter großen Schwierigkeiten aus der Sowjetunion in die DDR ausgewandert. Es war der Wunsch nach Freiheit, der meine Eltern dazu bewog, alles daran zu setzen, nach Westdeutschland auszureisen, was Ende 1983 gelang. Trotz der Zerrissenheit zwischen zwei Kulturen haben es die Russlanddeutschen geschafft, sich und ihre Familien in Rekordzeit in Deutschland zu beheimaten - eine echte Integrations-Erfolgsgeschichte und große Lebensleistung.

Ich bin als erste in meiner Familie in Deutschland geboren und identifiziere mich deshalb auch als Deutsche. Die russland-deutsche Familiengeschichte bleibt aber stets ein Teil von mir. Meine Geschichte zeigt: Deutschland bietet viele Möglichkeiten. Ich denke, wir sollten als Gesellschaft mehr über die Chancen unseres Landes sprechen und jene ermuntern und fördern, die sich einbringen wollen. Für eine starke Gemeinschaft, in der die Menschen miteinander füreinander eintreten.“

Helmut Brandl

DEUTSCHE UMSCHAU
Zeitung für germanistische und europäische Politik, Wissenschaft und Kultur

ISSN 0723-4295

Organ des Bundes der Vertriebenen:

Landesverband Hessen

Herausgeber / Verlag:

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische Innenministerium gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bankverbindungen:

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

Redaktion:

Siebert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher (Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Signum oder Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder.

Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn

Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH
Rolandsecker Weg 33
53619 Rheinbreitbach

Erscheinungstermine:

Vier Ausgaben 2021
31. März 2021, 30. Juni 2021, 30. September 2021 und 15. Dezember 2021

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
15. November 2021

BdV-Bundesversammlung wählt neues Präsidium

Dr. Bernd Fabritius mit 94,5 Prozent als Präsident wiedergewählt

Am 27. August wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen in Berlin ein neues Präsidium gewählt. Dabei wurde der bisherige Präsident, Dr. Bernd Fabritius, mit 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und auch Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, tritt damit seine vierte Amtszeit an.

Zu Vizepräsidenten wurden der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat gewählt sowie der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Raimund Haser, der bayerische BdV-Landesvorsitzende Christian Knauer, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Stephan Mayer MdB, der thüringische BdV-Landesvorsitzende Egon Primas und der Bundes- und hessische Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Johann Thießen.

Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden die Bundestagsabgeordnete Rita Hagl-Kehl gewählt sowie der ehemalige Europaabgeordnete Milan Horáček, der bayerische Landesobmann der Sudeten-deutschen Landsmannschaft Steffen Hörter, der hessische BdV-Landesvorsitzende

Siegbert Ortmann, die Bundesvorsitzende der Karpatendeutschen Landsmannschaft Brunhilde Reitmeier-Zwick und die niedersächsische BdV-Landesvorsitzende und Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler Editha Westmann MdL. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Auch künftig wird die Arbeit und Zusammensetzung des Präsidiums somit die Vielfalt des Gesamtverbandes widerspiegeln. Aufbruchstimmung ging vom Arbeitsbericht des Präsidenten aus. Einen der inhaltlichen Schwerpunkte setzte Fabritius im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl. So gelte es für jede demokratische Partei, die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten in ihre politische Arbeit einzubeziehen. Hierzu fasste die Bundesversammlung einstimmig eine Entschliebung.

Die hessischen Vertreter im Präsidium

Der BdV-Landesverband Hessen war bei der Bundesversammlung mit dem Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann, der Lan-

deskulturreferentin Rose-Lore Scholz und dem BdV-Sonderbeauftragten für Aussiedlerfragen Johann Thießen als Delegierte vertreten. Johann Thießen, zugleich Bundes- und hessischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, wurde als Vizepräsident ins BdV-Präsidium gewählt. Als weiteres Präsidiumsmitglied zog Siegbert Ortmann in das höchste Beschlussorgan des Bundesverbandes ein. ■



Die hessische BdV-Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz mit dem BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann



Neues Präsidium: (v.l.) Raimund Haser MdL, Dr. Maria Werthan, Milan Horáček, Egon Primas, Dr. Bernd Fabritius, Steffen Hörter, Stephan Grigat, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Stephan Mayer MdB, Christian Knauer, Siegbert Ortmann und Johann Thießen. Es fehlen: Rita Hagl-Kehl MdB und Editha Westmann MdL. (Fotos: BdV/bildkraftwerk)

„Für Europa den Friedensnobelpreis verdient“

Ministerpräsident Markus Söder sprach beim Tag der Heimat in Berlin



„Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ lautet das Leitwort des Tages der Heimat des Bundes der Vertriebenen im Jahr 2021. Diesem Gedanken verpflichtet, kamen unter Einhaltung sämtlicher Corona-Regeln erneut zahlreiche deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler – Vertreter der Erlebengeneration und ihre Nachkommen – sowie Partner aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Diplomatie, Kultur und Gesellschaft am 28. August 2021 in der Urania Berlin zusammen.

Dr. Bernd Fabritius MdB – tags zuvor zum vierten Mal von den Delegierten der Mitgliedsverbände mit großer Mehrheit zum BdV-Präsidenten gewählt – freute sich, als Festredner den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder, begrüßen zu dürfen. Dieser sei „nicht nur ein gern gesehener Gast“, sondern er stehe auch zu den Vertriebenen und sei „durch Bekenntnis einer von uns“.

Zunächst aber sprach der BdV-Präsident selbst – und hielt, so Markus Söder später, eine „sensationelle politische Regierungserklärung“, aus der deutlich wurde, dass Fabritius „mit Leidenschaft, mit Liebe, mit Zukunftsfähigkeit, mit ganz großem Engagement bei der Sache ist“.

„Schutzmauern der Menschlichkeit sichern“

Deutlich wies der BdV-Präsident zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass Flucht und Vertreibung, Deportation, Zwangsarbeit und ethnische Säuberungen gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, dem rund 15 Millionen Deutsche zum Opfer

fielen, „niemals ihren Unrechtscharakter verlieren“ würden.

Diese Benennung des Unrechts bedeute keine Relativierung der „entmenslichten und entmenslichenden Kriegs- und Propagandamaschinerie der Nationalsozialisten mit ihren kaum vorstellbaren Menschheitsverbrechen“ und verschmelze im Engagement des BdV mit der ausgestreckten Versöhnungshand, wie dies bereits die Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 zeige. Wahrhafte Erinnerung und Verständigung seien vielmehr geeignet, den Frieden in Europa zu erhalten und die „Schutzmauern der Menschlichkeit“ zu sichern, auf dass die Vergangenheit sich nicht wiederhole.

„Verständigungspolitik, von der großen politischen Bühne bis hinein ins familiäre Private, ist unverzichtbare Voraussetzung für andauernden Frieden“, so Fabritius wörtlich. Dabei seien die Heimatvertriebenen und die Heimatverbliebenen – also die deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – „zwei Seiten ein- und derselben Medaille“.

80 Jahre Stalin-Erlass zur Deportation der Russlanddeutschen

Einen Schwerpunkt der Rede des BdV-Präsidenten bildete das Gedenken an das Schicksal der Russlanddeutschen. Auf den Tag genau vor 80 Jahren, am 28. August 1941, hatte Stalin den „unseligen Erlass“ verabschiedet lassen, aufgrund dessen Hunderttausende deutschstämmige Bürger der Sowjetunion aus ihrer Heimat im Westen des Landes vertrieben und zur Zwangsarbeit in die Verbannung, zumeist nach Sibi-

rien und Kasachstan, deportiert wurden. Zahllose fanden dabei den Tod.

Infolge des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion, aber auch in Kontinuität mit der kommunistischen Minderheitenpolitik war den Russlanddeutschen ganz pauschal Kollaboration vorgeworfen worden. Erst 1964 seien sie teil-rehabilitiert worden. Dennoch blieben sie entwurzelt und Unterdrückte des Sowjetregimes. „Die Deportation“, so Dr. Fabritius, „markiert einen tiefen und bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte. Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute ihr Kriegsfolgeschicksal anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können“.

Strukturelle Rentenungerechtigkeit beseitigen

Konsequent müssten daher auch die Anliegen der Aussiedler und Spätaussiedler verfolgt werden, unter denen die Beseitigung rentenrechtlicher Benachteiligungen eines der wichtigsten sei. Hier habe mit der Einführung der Grundrente und der Einbeziehung der Fremdrentenzeiten-Berechnungen ein wichtiger Zwischenerfolg erzielt werden können.

Ein weiterer wesentlicher Schritt sei der Beschluss eines Härtefallfonds in Höhe von einer Milliarde Euro auch für Spätaussiedler, der als „ein Meilenstein der Aussiedlerpolitik dieser Wahlperiode und ein immenser Gestaltungsauftrag an die nächste Bundesregierung“ sowie an die Länder verstanden werden müsse. Eine „strukturelle Beseitigung der Rentenungerechtigkeit“ sei jedoch „leider



BdV-Präsidium mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder



Ministerpräsident Dr. Markus Söder



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius



Geistliches Wort und Gedenken mit Weibbischof Dr. Reinhard Hauke

noch weit entfernt“, weshalb dieses Thema auf der Tagesordnung bleibe, „bis es zu aller Zufriedenheit erledigt ist“, so Fabritius.

Vertriebene und Aussiedler in der Programmatik zur Bundestagswahl

Mit einem Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen stellte er die Frage, wie es in einer Zeit ausgeprägter Minderheiten-, Identitäts- und Meinungspolitik sein könne, dass die Vertriebenen und Spätaussiedler in der Wahlprogrammatik der meisten im Bundestag vertretenen Parteien „keine Rolle spielen“. Dabei müsse „das Bekenntnis zur deutschen Geschichte in all ihren Facetten (...) parteienübergreifend auch diejenigen ansprechen, die ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal“ zu erleiden hatten.

Nur CDU und CSU würden feststellen, dass „Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und Spätaussiedler mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land“ seien und wollten dementsprechend „den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen- und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunftssichere Förderung stärken“. Obwohl dies „richtig und gut“ sei, wolle der BdV als überparteilicher Verband solche Formulierungen jedoch auch in anderen Wahlprogrammen lesen. „Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sind ein Teil des Querschnitts der Gesamtbevölkerung – und haben den Anspruch, entsprechend wahrgenommen zu werden“, betonte der BdV-Präsident abschließend.

Ehre und Freude, beim Tag der Heimat sprechen zu dürfen

„Es ist mir eine Ehre und Freude, keine Pflicht (...), heute bei Ihnen sein zu können“, startete der Bayerische Ministerprä-

sident, Markus Söder, in seine mit zahlreichen persönlichen Erlebnissen und Anekdoten gespickte und den Anliegen wie dem Personenkreis der Vertriebenen und Aussiedler sehr zugewandte Festrede.

Die Geschichte Deutschlands, so Söder, sei mit den „schlimmen Gräueltaten der Nationalsozialisten“ nicht zu Ende. Die Verantwortung für ein „Nie wieder!“ wiege schwer, und eine Abgrenzung nach Rechtsaußen sei daher „Kernbestandteil und Staatsräson unserer Gesellschaft“. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass die Millionen deutschen Heimatvertriebenen ebenso Opfer dieser Politik geworden seien – und deshalb „im Bewusstsein unseres Landes in gleicher Weise verankert“ werden müssten. Hier sei auch die Bildungspolitik und insbesondere der Geschichtsunterricht in der Pflicht.

„Für Europa den Friedensnobelpreis verdient“

Für die Vertriebenen und Spätaussiedler ergebe sich eine besondere Verantwortung Deutschlands allein schon aus der Tatsache, dass sie „Landsleute“ seien, betonte der Ministerpräsident. Heimatverlust und Ankunft – der Aufbau einer neuen Heimat, in der man zunächst vehemente Ablehnung erfuhr – sei ein „in zweifacher Weise schlimmes Schicksal“ gewesen. Umso größer müsse das Verdienst der Vertriebenen bewertet werden, in dieser Situation Vergebung und nicht Rache zum Leitgedanken zu erheben, wie dies mit der Charta der deutschen Heimatvertriebenen geschehen sei.

Damit und mit dem deutlichen Bekenntnis zu einem freien, geeinten und friedlichen Europa hätten die Vertriebenen „Europa geschützt“. In Anbetracht ihrer damaligen Lage, der einsetzenden Spaltung Europas in Ost und West sei dies „eine unglaubliche Leistung, und ich ärgere mich jeden Tag,

dass bei jeder Friedensnobelpreisverleihung keiner bislang an die deutschen Heimatvertriebenen gedacht hat. Sie hätten für Europa diesen Preis verdient“, stellte Ministerpräsident Söder unter dem Applaus der Anwesenden heraus.

Mitgebrachte Kultur als Brücke zwischen den Staaten

Neben der Aufbauleistung, der sich die Vertriebenen mit großem Einsatz gestellt und sich dafür Respekt erworben hätten, sei das mitgebrachte Brauchtum eine Bereicherung für die Aufnahmegesellschaft gewesen.

Dieser kulturelle Schatz sei daher einerseits „die Kraftquelle, Neues zu beginnen“. Andererseits komme ihm eine wesentliche Funktion in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Mittel- und Osteuropa zu, da hierdurch klar werde, dass die Heimatgebiete ein gemeinsamer Kulturraum gewesen sind. „Lassen Sie uns daran arbeiten und dabei den Bund der Vertriebenen als eigentliche Botschafter dafür mit nutzen“, so Söder.

Die Vertriebenen hätten den Boden bereitet für viele diplomatische Erfolge der heutigen Zeit. So sei der intensive Kontakt zwischen der tschechischen Regierung und der bayerischen Landesregierung, der sich gerade während der Corona-Zeit erneut bewährt habe, maßgeblich durch den jahrzehntelangen Einsatz der Sudetendeutschen Landsmannschaft ermöglicht worden.

Finanzielle Rahmenbedingungen verbessern

All dies geschehe durch unendliche ehrenamtliche Arbeit. „Und drum muss es unsere Aufgabe sein – und dafür stehe ich ein –, dass wir das auf Dauer auch unterstützen. Und

Fortsetzung auf Seite 6 ►

► Fortsetzung von Seite 5

dazu gehört eine aktive und bessere finanzielle Ausstattung für Euern Verband, aber auch für die gesamte Vertriebenenarbeit“, würdigte der Bayerische Ministerpräsident das Engagement im Vertriebenenbereich und sicherte Rückhalt auch in finanziellen Fragen zu.

Ebenso müsse es Ziel einer Regierung unter CDU/CSU-Führung sein, dass das wichtige Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten erhalten und „deutlich aufgewertet wird“. Dieses Amt sei überdies mit Bernd Fabritius „bestens und exzellent besetzt“.

Erinnerung und Zukunft in Einklang bringen

In einem sehr persönlichen Schlusswort zeigte sich Markus Söder nochmals beeindruckt davon, wie so unterschiedliche und gleichermaßen spannende Landsmannschaften und Menschen im BdV den Konsens suchen – und finden und wie es immer wieder gelinge, auf Veranstaltungen wie dem Tag der Heimat Erinnerung und Zukunft in Einklang zu bringen.

„Ich sage Ihnen meine persönliche, aber auch die politische Verbindung eng zu“, betonte er ein weiteres Mal und mahnte: „Sie werden wirklich gebraucht. Und in einem sich verändernden Europa, in einer aggressiveren Welt, glaube ich, sind Sie wichtiger denn je.“

Geistliches Wort und Gedenken

Der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, erinnerte in seinem geistlichen Wort daran, dass Vertreibung schon zu Beginn des Alten Testaments eine große Rolle spiele. Exegetisch betrachtet, sei dieser Text eine „Ursachenforschung“. „Die Menschen wollten ja gerne wissen, warum es nicht das Paradies auf Erden gibt und wir Menschen auch mit viel Mühe nur unser Leben in dieser Welt in Frieden und Gerechtigkeit gestalten können.“

Dieses Paradies erreichen zu wollen, habe jedoch meist mit der Hybris geendet, „sein zu wollen wie Gott und selbst bestimmen zu wollen, was gut und was böse ist“. Hierfür seien die Diktaturen des 20. Jahrhunderts ein gutes Beispiel. Nationalsozialistische und sozialistische Ideen hätten Bürgerinnen und Bürger dazu verführt, „Vertreibun-

gen und Deportationen zuzustimmen, oder sie sogar selbst zu veranlassen“.

Das Leben und Wirken Jesu mahne jedoch, dass „ein gewaltfreier Umgang in Wort und Tat“ vom Menschen mit seinen Mitmenschen erwartet werde. Wem dies auch in finsternen Zeiten gelungen sei und wer für diese Ideale dazu noch gelitten habe, dem setze die Kirche in Selig- und Heiligsprechungen ein besonderes Denkmal, so Weihbischof Hauke. In diesem Zusammenhang erinnerte er u.a. an den österreichischen Priester Otto Neururer, an den letzten deutschen Bischof von Danzig, Carl Maria Splett, die Heilige Edith Stein oder den Franziskanerpater Maximilian Kolbe. Im traditionellen Totengedenken des BdV zum Tag der Heimat sprach der Weihbischof den Anwesenden Trost zu.

Kranzniederlegung und Totengedenken

Im Anschluss an den Festakt in der Urania ließen die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, einige Bundesparteien, die Landsmannschaften und BdV-Landesverbände, der Bund der Vertriebenen, die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen zu Ehren der Toten Kränze am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, niederlegen.

Worte des Gedenkens sprachen erneut der Berliner Innensenator Andreas Geisel MdA, der Berliner Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius. Innensenator Geisel erklärte, die Vertriebenen hätten die Folgen einer verbrecherischen Politik getragen, die von Nazideutschland ausgegangen war. Dennoch hätten auch die 15 Millionen Opfer von Vertreibungen und rund zwei Millionen Tote „großes Leid und Unrecht erfahren“. Dies dürfe nicht beschönigt oder vergessen werden. Der Fleiß und die Aufbauleistung der in der neuen Heimat Angekommenen habe maßgeblich dazu beigetragen, „dass Deutschland zu einer Erfolgsgeschichte



Kranzniederlegung: (v.l.) BdV-Präsident Bernd Fabritius, die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf und BdV-Vizepräsident Johann Thießen (Foto: CB)

wurde“. Es gelte, aus der Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen und nicht wegzuschauen, „wenn sich vor unserer Haustür humanitäre Tragödien abspielen“. Vielmehr müsse man „sich weltweit für Menschenrechte und Verständigung einsetzen“.

Der BdV-Landesvorsitzende Jakesch, gerade erst von einer Begegnungsfahrt nach Schlesien zurück, betonte, dass auch der Berliner Landesverband enge grenzüberschreitende Kontakte in die verschiedenen Heimatregionen pflege. Den damit verbundenen Erfahrungsschatz könne die Politik viel stärker nutzen. Die Kranzniederlegung finde jährlich statt, „nicht um anzuklagen oder um gegenseitige Schuld aufzurechnen. Das Streben nach Wahrheit gehört zur eigenen geschichtlichen Standortbestimmung. Sich des Vergangenen zu erinnern, erfordert von jedem von uns die Bereitschaft, aus der eigenen Geschichte zu lernen und die Zukunft zu gestalten. Die Erinnerung nicht zu verdrängen, sondern sie ernst zu nehmen – dies erst schafft den Grundstock für Versöhnung“.

BdV-Präsident Fabritius erinnerte am 80. Jahrestag des Stalin-Erlasses an das besonders schlimme Schicksal der Russlanddeutschen. Das Opfergedenken aufnehmend, beklagte er ein vielfach unbekanntes Kapitel der Verbannung – die zum Teil mehr als zehn Jahre währende „unmenschliche Zwangsarbeit in der Trudarmee“. Die Toten dieser Arbeitskolonnen seien nie gezählt worden. Vertreibungen und Deportation seien stets menschenrechtswidrige Verbrechen und mahnen gleichzeitig, „Wege zur Verständigung zwischen den Völkern“ offenzuhalten. ■

Marc-P. Halatsch

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

„Gewaltsamer Heimatverlust war und ist ein schweres Verbrechen“

Der diesjährige nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni stand erneut unter dem Zeichen der Corona-Pandemie. Ohne die gewohnten Zeitzeugen oder weitere Gäste kamen die Redner in den Bolle-Festsälen in Berlin zusammen, wohin der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, zur Gedenkstunde eingeladen hatte. Neben Seehofer sprachen die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat Dr. Karl Jüsten, und traditionell der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius. Das deutsch-polnische Jugendorchester sorgte für die musikalische Untermalung des live ins Internet übertragenen Gedenkens.

Horst Seehofer betonte, der Gedenktag sei zwar „noch sehr jung“, aber „richtig“ und „das Geschehen schon deshalb erinnerungswürdig, weil das Ausmaß von Flucht und Vertreibung so groß war, dass es ein einschneidendes, trauriges Ereignis der deutschen Geschichte mit unumkehrbaren Langzeitfolgen darstellt“. Dabei werde nicht vergessen, dass das Schicksal der Vertriebenen im Kontext der von Deutschland begangenen Verbrechen stehe. „Ihr Leid wird dadurch aber nicht relativiert. Umgekehrt wird das Leid der Opfer des NS-Regimes durch diesen Gedenktag genauso wenig relativiert. Es gibt keine Aufrechnung des Leids“, so der Bundesinnenminister.

Die Vertriebenen seien Träger eines ausgeprägten Heimatbewusstseins und hätten „mit Pioniergeist, Eifer und beharrlicher Kraft die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ mitgestaltet. Außerdem hätten sie sich, gemeinsam mit den deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten, entscheidend als „Brückenbauer für die europäische Einigung“ eingesetzt. „Um es klar zu sagen: Der gewaltsame Heimatverlust war und ist ein unmenschliches, schweres Verbrechen. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Der heutige Gedenktag verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und macht unser Handeln fest für die Zukunft“, mahnte Bundesinnenminister Seehofer abschließend.

„Die Wege der Heimatvertriebenen mit all ihren schmerzvollen Herausforderungen



Ansprache des BdV-Präsidenten Dr. Bernd Fabritius bei der Gedenkstunde zum nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2021 (Quelle: BMI)

und Erfahrungen prägen die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor“, erklärte Prälat Jüsten und leitete daraus eine besondere Verantwortung für die heute von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen ab. Die Geschichte lehre, das individuelle Schicksal im Blick zu behalten, um Grundprinzipien wie die Menschenwürde oder den Schutz der Familie zu erhalten.

Gerda Hasselfeldt verdeutlichte zu Beginn ihrer Rede, dass Flucht und Vertreibung immer mit unermesslichem menschlichen Leid verbunden seien. Dieses Leid zu lindern und Flucht und Vertreibung zu verhindern, sei eine humanitäre Pflicht, der sich das DRK von Beginn an, aber insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung seines Suchdienstes gestellt habe. Hunderttausende Familienzusammenführungen seien gelungen. Die Protokollberichte der damaligen Zeit sprächen auch heute noch eine deutliche Sprache.

Vor dem Hintergrund dieses Leids sei es umso wichtiger, dass die Betroffenen ihr Selbstverständnis in der Charta der Heimatvertriebenen niedergelegt haben: „Mit diesem Verzicht auf Rache und Vergeltung haben die Heimatvertriebenen einen großartigen historischen Beitrag zur Aussöhnung und zur Einigung Europas geleistet. Auch dessen sollten wir uns an einem Tag wie diesem bewusst sein“, so Hasselfeldt.

Erfrorene Kinder und Erwachsene, Fliegerangriffe auf die Flüchtlingszüge über das Frische Haff, verendete Tiere: In seinem

Schlusswort ließ BdV-Präsident Bernd Fabritius einen Zeitzeugen aus dem ostpreussischen Osterode zu Wort kommen, der als Kind mit seiner Familie vor der Roten Armee flüchtete. Die schrecklichen Bilder hätten sich ihm ein Leben lang eingeprägt. Fabritius mahnte: „Wir müssen uns an vergangenes und gegenwärtiges Leid erinnern, und wir müssen unseren Anspruch auf Menschlichkeit formulieren und in Gegenwart und Zukunft durchsetzen.“ Es gelte, nie zu vergessen: „Jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und mit welcher Begründung – ist immer ein Verbrechen.“

Marc-P. Halatsch

Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Der 20. Juni ist seit 2015 der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Mit diesem Datum knüpft die Bundesregierung an den Weltflüchtlings-tag der Vereinten Nationen an und erweitert das Flüchtlingsgedenken insbesondere um das Schicksal der deutschen Vertriebenen.

Bereits seit 2014 wird jeweils im September der Hessische und der Bayerische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation sowie der Sächsische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung begangen.

Ehrung für Joachim Gauck

Bundespräsident a. D. erhält den Franz-Werfel-Menschenrechtspreis

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck wurde in der Frankfurter Paulskirche mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen ausgezeichnet. Die Entscheidung über den Preisträger erfolgte durch die Jury bereits im Jahre 2020. Die Verleihung konnte wegen der Pandemie-Notlage im vergangenen Jahr nicht stattfinden und wurde jetzt nachgeholt.

Die Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises würdigte mit der Preisverleihung das umfangreiche und vielfältige Wirken des Bundespräsidenten Joachim Gauck, der in unterschiedlichen Funktionen, zuletzt als höchster Repräsentant unseres Staates, die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und Genozid angeprangert hat. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Peter Feldmann, begrüßte den Bundespräsidenten a.D. in der Frankfurter Paulskirche. „Joachim Gauck ist ein mehr als würdiger Träger eines Preises, der auf die Vertreibung vieler Bevölkerungsgruppen aufmerksam macht. Er schafft Raum, um das Schicksal Vertriebener zu betrauern, zu zeigen, dass Flucht und Vertreibung auch heute noch und sogar verstärkt, das Leben von Millionen Menschen traumatisiert, sie heimatlos macht“, so Oberbürgermeister Feldmann in seinem Grußwort.

Dr. Christean Wagner, Vorsitzender der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, unterstrich die Leistung des Preisträgers mit den Worten: „Wir wollen Sie heute ehren für Ihr jahrelanges unerschütterliches Eintreten gegen Flucht und Vertreibung. Sie sind ein Bundespräsident der klaren und mutigen Worte gewesen. Im Mittelpunkt Ihres Wirkens stand und steht Ihr Kampf für die Freiheit und Ihr unermüdliches Werben für den Wert der Freiheit.“

Ministerpräsident Volker Bouffier lobte als Schirmherr des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises das Zentrum gegen Vertreibungen für seine erinnerungspolitische Arbeit: „Die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises des Zentrums gegen Vertreibungen ist wichtige Erinnerungsarbeit. Sie verbindet Gedenken an Leid mit einer Sensibilität für die Probleme der Gegenwart“, betonte Bouffier. „Der Preisträger Dr. Joachim Gauck hat sich das Gedenken an Flucht und Vertreibung, den Kampf gegen die Ursachen dieses Leids und den bedingungslosen Einsatz für Menschenrechte zur Lebensaufgabe gemacht. Er hat das Trauma der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg besonders in seine Betrachtungen aufgenommen. Dr. Joachim Gauck hat die Auszeichnung daher mehr als verdient“, unterstrich der Ministerpräsident. „Immer wieder hat Dr. Joachim Gauck betont, dass die Erinnerung

an die Vertreibung ein bedeutender Teil der deutschen Geschichte ist“, so Bouffier. Dem Preisträger ging es laut Bouffier aber auch immer um die historische und internationale Dimension von Flucht, Vertreibung und Genozid. Der Namensgeber des Preises und der Preisträger, Bundespräsident Joachim Gauck, seien sich zudem in ihren Ansichten ähnlich, so der Ministerpräsident weiter. Gauck hatte als Bundespräsident 2015 erstmals das Massaker an bis zu 1,5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich 1915 als Völkermord bezeichnet.

In seiner Laudatio auf den Preisträger betonte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius: „Der Name und der Mensch Joachim Gauck werden in der allgemeinen Wahrnehmung verbunden mit dem Gespür für Freiheit sowie für Recht und Gerechtigkeit, mit dem Einsatz für die Benachteiligten und Unterdrückten, mit dem Aufbegehren gegen staatliches, kollektives und individuelles Unrecht. Mit diesen Attributen und Zuordnungen, sehr geehrter Herr Gauck, gehen Sie bereits zu Lebzeiten in die Geschichte ein.“ Schon früh habe Gauck sich für ein Zentrum gegen Vertreibungen ausgesprochen und die Notwendigkeit eines Erinnerungsortes für die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erkannt. „Es widersprach Ihrem Grundverständnis von Würde und Recht, diesen



Preisverleihung: (v.l.) Ministerpräsident Volker Bouffier, Bundespräsident a. D. Joachim Gauck, Christean Wagner, Vorsitzender des Zentrums gegen Vertreibungen, Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, und Bernd Fabritius, BdV-Präsident und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten (Foto: ZgV/Joppen)



Der Preisträger Bundespräsident a. D. Joachim Gauck



Christean Wagner, Vorsitzender des Zentrums gegen Vertreibungen

Menschen und ihren Nachkommen ein sichtbares Zeichen staatlichen Gedenkens für das erlittene Leid und Unrecht zu verweigern.“ Gauck habe sich immer wieder und in allen seinen Ämtern engagiert dafür ausgesprochen, dass die dauerhafte Erinnerung an die Vertreibung ein elementarer Teil deutscher Geschichte sei. „In bewundernswert konsequenter Haltung prägten Sie dann mit dem Begriff „Erinnerungsschatten“ eine vortreffliche Metapher für die Situation der Vertriebenen, die die letzten fünf Jahrzehnte bundesdeutscher Befindlichkeit psychologisch und gesellschaftlich zutreffend beschreibt.“

Bundespräsident a.D. Joachim Gauck dankte der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen für die Auszeichnung. „Dass wir heute dort stehen, wo wir stehen, hat viel Engagement, Entschiedenheit und Standfestigkeit erfordert. Ich erinnere mich noch an den heftigen Gegenwind, den das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen zunächst erfuhr. Es ist wohl keine Übertreibung, wenn ich heute sage: Wohl fast alle haben gelernt. Viele Betroffene, die imstande waren, über den eigenen Schatten zu springen und ihr Leid in den historischen Kontext einzuordnen. Viele Liberale und Linkliberale, die erkannten, dass, wer das Leid von Deutschen anerkennt, die deutsche Schuld keineswegs leugnen muss, sondern einfach zur Kenntnis nimmt, dass Deutsche die Opfer deutscher Opfer wurden. Im Rückblick erkennen wir, wie notwendig und heilsam die Diskussionsprozesse waren. Es diene der Stabilisierung der Gesellschaft HEUTE, als die Leiden von gestern Anerkennung erfuhren.“

Joachim Gauck machte zugleich deutlich, dass Flucht und Vertreibung keine Themen der Vergangenheit seien, sondern dass aus

dem selbsterfahrenen Leid von Flucht und Vertreibung der Deutschen in den letzten Jahrzehnten eine besondere Empathie für andere Menschen mit Flucht- und Vertreibungserfahrungen erwachsen konnte: „Das halte ich für keine Selbstverständlichkeit. Umso mehr schätze ich es, dass es gelungen ist, nicht im eigenen Leid zu verharren und empfänglich zu werden für das Schicksal anderer.“ Er erinnerte daran, dass sich „mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung 2020 auf der Flucht befand – über 82 Millionen Menschen. So

viele wie in Deutschland Menschen leben.“ Er dankte der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, dass „Sie mit diesem Preis dazu beitragen, dass wir uns nicht blind und taub stellen, sondern dass wir uns dafür sensibilisieren, immer wieder um das höchste Gut, das wir haben, zu ringen: die Würde des Menschen. Denn wir alle sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. So steht es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.“ ■

Der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ist nach dem österreichischen Schriftsteller Franz Werfel benannt, der u. a. in seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ die Vertreibung und den Völkermord an den Armeniern beschrieben hat. Der große jüdische Lyriker und Romancier ist auch in seinem persönlichen Leben ein sprechendes Beispiel für das Schicksal der Vertreibung. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten aus der preußischen Dichterakademie ausgeschlossen. 1938 musste er nach Frankreich flüchten. Von dort entkam er in abenteuerlicher Flucht über die Pyrenäen den nachdringenden deutschen Truppen. 1940 kam er von Portugal aus nach Amerika, wo er bis zu seinem Tod 1945 in Beverley Hills lebte. Die Erbin Franz Werfels, Marina Mahler, hat dem ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN die Benutzung des Namens mit Brief vom 17.1.2002 gestattet.

Der mit 10.000 € dotierte Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Initiativen oder Gruppen verliehen, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch Völkermord, Vertreibung oder die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen schärfen.

Mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wurden bisher ausgezeichnet:

2018 Michael Wolfssohn
2016 Freya Klier
2014 Rick Ostermann
2012 Prof. Dr. Karl Schlögel
2010 David Vondráček
2009 Herta Müller
2007 György Konrad
2005 Bischof Dr. Franjo Komarica
2003 Dr. Mihran Dabag, Věra Vítová, Petr Kulíšek sowie Jan Piños.

Zukunftsweisend und innovativ

BdV-Landesverband Hessen stellt seine Arbeit im Hessischen Landtag vor

Der BdV-Landesverband Hessen folgte der Einladung von Andreas Hofmeister, Vorsitzender des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW), und stellte im Rahmen der 16. UHW-Sitzung am 30. Juni 2021 seine aktuellen Kulturprojekte den Ausschussmitgliedern eindrücklich vor und überzeugte von der Zukunftsfähigkeit des Verbandes in Hessen.

Der BdV war vertreten durch den Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann und die Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz, die sich für die Einladung herzlich bedankten. In seiner Begrüßung betonte Siegbert Ortmann, dass der BdV in Hessen seit Jahren zukunftsweisend, dialogisch und europäisch arbeitet und somit ein breit gefächertes Netzwerk aufweist. Die Sachbearbeiterin im Kulturreferat in der BdV-Landesgeschäftsstelle, Agnes Maria Brüggling-Lazar, stellte die aktuelle Kulturarbeit des Verbandes am Beispiel ausgewählter Projekte vor und ging dabei auch auf andere Bereiche des BdV-Landesverbandes ein, wie die Migrationsberatung. Seit 2005 bietet der BdV neben den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, DCV, Parität, DRK, Diakonie, ZWST) eine Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) an – ein Programm, das durch das Bundesministerium des Innern und für Bau gefördert und durch das Migrationsamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt wird.

Das Kulturreferat spielt eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der deutschen Kultur und Geschichte des östlichen Europas sowie des Themenkomplexes Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkrieges in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, schließlich wird dieses Wissen durch kulturhistorische Ausstellungen, unterschiedliche Veranstaltungsformate und digitale Projekte nach außen vermittelt. Rose-Lore Scholz dankte dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport für die umfangreiche Förderung der Kulturprojekte, ohne die eine Umsetzung der diversen Vorhaben im Kulturreferat nicht möglich wäre.

Agnes Maria Brüggling-Lazar zeigte Einblicke und Ausblicke des Kulturreferates und betonte dabei: „Wir setzen den Fokus längst nicht nur auf deutsche Geschichte, Kultur und Traditionen in den Herkunftsregionen der Vertriebenen und Spätaussiedler, sondern verfolgen einen gesamteuropäischen, gegenwartsbezogenen sowie zukunftsweisenden Ansatz und verstehen diesen Teil der Geschichte nicht nur als eine deutsche, sondern als eine gesamteuropäische Geschichte.“ Die Stärkung eines europäischen Geschichtsbewusstseins und einer zukunftsweisenden Erinnerungskultur wird durch die zahlreichen Kooperationen im In- und Ausland angestrebt. Die jüngst im Haus der Heimat präsentierte deutsch-litauische Wanderausstellung „Wolfskinder: Auf dem Brotweg von Ostpreußen nach Litauen 1945-1948“ wurde beispielsweise ermöglicht durch die

Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Litauen in Berlin und des Zentrums für Erforschung von Genozid und Widerstand der litauischen Bevölkerung in Vilnius.

Trotz Corona-Pandemie ist es dem BdV-Landesverband gelungen, eine Vielzahl an digitalen Projekten umzusetzen. Die Corona-Jahre 2020 und 2021 haben die crossmediale Arbeit des Kulturreferates verstärkt. Auf dem YouTube-Kanal CULTURE TO GO sind inzwischen drei Filmreihen sowie die beiden größeren Einzelproduktionen „Faszination Klöppeln“ und „Zukunftssicherung der Heimatstuben in der Praxis am Beispiel von Heppenheim“ zu sehen und der gleichnamige Podcast CULTURE TO GO zu hören. Über modernes Storytelling auf Instagram und Facebook werden die virtuellen Projekte nach außen getragen und erreichen unterschiedliche Zielgruppen. Die analogen und digitalen Projekte funktionieren generationenübergreifend und binden inzwischen verstärkt die jüngeren Generationen mit ein. Auch das Deutsch-Europäische Bildungswerk in Hessen (DEBWH) setzt sich für eine generationenübergreifende Verständigung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn ein, indem regelmäßige verständigungspolitische Seminarreisen ins östliche Europa angeboten werden. Der DEBWH-Vorsitzende Siegbert Ortmann setzt hierbei auf Begegnungen vor Ort, die auch in der Zukunft einen wichtigen Beitrag für die Verständigung leisten werden.

Abschließend betonte Rose-Lore Scholz die Relevanz einer Errichtung eines Lehrstuhls zur Migrationsforschung an einer hessischen Universität. Im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode heißt es u.a.: „Hessens Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in weiten Teilen auch geprägt von der Leistung der Heimatvertriebenen. Um Kultur und Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler wissenschaftlich aufzuarbeiten, wollen wir einen Lehrstuhl an einer hessischen Universität einrichten und sie in einer vom Land getragenen Dauerausstellung darstellen.“ Scholz appellierte an die Anwesenden, dieses Vorhaben verstärkt zu unterstützen und anzugehen, denn nur so könne eine fundierte und zukunftsweisende Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Flucht, Vertreibung und Aussiedlung erfolgen. ■

Agnes Maria Brüggling-Lazar



In der Sitzung des UHW stellten Vertreter des BdV-Landesverbandes Hessen die Arbeit des BdV vor. Agnes Maria Brüggling-Lazar, Siegbert Ortmann und Rose-Lore Scholz vertraten den BdV. Ausschussvorsitzender Andreas Hofmeister MdL und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf freuten sich über den Besuch. (Foto: LBHS)

Hessischer BdV-Landesverband auf neuen Wegen

Organisationstagung im Wiesbadener Haus der Heimat

Der Bund der Vertriebenen (BdV) in Hessen lädt jährlich Vertreter aus den hessischen BdV-Kreisverbänden und landsmannschaftlichen Gruppierungen zu seiner Organisationstagung ins Wiesbadener Haus der Heimat ein. Die Zusammenkunft soll dazu dienen, unter anderem Situationen und Entwicklungen in den Bereichen Verwaltung, Organisation, Finanzen, Kultur sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene zeitnah aufzuzeigen. Corona-bedingt fand die Veranstaltung nicht wie gewohnt Anfang des Jahres, sondern erst Ende August statt.

Wilhelm Beer, stellvertretender BdV-Landesvorsitzender, konnte aufgrund der Pandemie nur eine begrenzte Teilnehmerzahl begrüßen. Schatzmeister Hagen Novotny, der in Vertretung des BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann im Namen des Vorstandes einen Bericht abgab, bedauerte insbesondere den Ausfall hessenweiter Veranstaltungen wie den Tag der Vertriebenen am Hesttag, den zentralen Tag der Heimat sowie die Durchführung bereits geplanter grenzüberschreitender Verständigungsprojekte des Deutsch-Europäischen Bildungswerkes in Osteuropa.

Im Bereich der Pflege und Bewahrung der Kultur der ehemaligen deutschen Ostgebiete und der deutschen Vertreibungsgebiete in Ost- und Südosteuropa als Teil des gesamten deutschen und europäischen Kulturgutes konnte die BdV-Landeskulturreferentin Rose-Lore Scholz über zahlreiche Aktivitäten berichten. So war es in den vergangenen Monaten gelungen, trotz Pandemie mit Ausstellungen – teilweise virtuell – im Wiesbadener Haus der Heimat und mit Zeitzeugenberichten rund um die Themen Flucht, Deportation und Vertreibung aufmerksam zu machen. Dabei bediente man sich verstärkt digitaler Möglichkeiten im Bereich von „Social Media“.

Vor allem auf das Projekt „CULTURE TO GO – Auf der Suche nach Heimat(en)“, den kulturhistorischen YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes Hessen, wurde ausführlich mit Beispielen hingewiesen. Hier geht es um die Geschichte und Kultur jener Gebiete im östlichen Europa, in denen früher Deutsche gelebt haben bzw. heute noch leben, aber auch um einen zukunfts-

orientierten Blick auf die gemeinsame europäische Geschichte.

Der Podcast CULTURE TO GO ist der Interview-Podcast zur europäischen Zeitgeschichte rund um die Themen wie Flucht, Vertreibung und Aussiedlung. Es geht um Themen wie Flucht, Vertreibung und Aussiedlung. Im Mittelpunkt stehen dabei Gespräche mit Zeitzeugen, deren Enkeln oder mit Experten auf dem Gebiet. Das Ergebnis: Spannende Dialoge, berührende Geschichten und neue Forschungsergebnisse, die zum Verständnis des heutigen Geschehens in Deutschland und Europa beitragen. Durchgeführte Analysen unter den Besuchern in den Social-Media-Kanälen bestätigten das Interesse besonders unter der jüngeren Generation.

Das Referat für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit berichtete über das hohe Aufkommen von Nachrichten innerhalb des hessischen Vertriebenenverbandes aufgrund neuer, vielfältiger Aktivitäten und verwies dabei mit Beispielen auf die Vorteile der Möglichkeiten einer interaktiven Kommunikation. Waren es in den vergangenen Jahren oft die redaktionellen Hürden, Nachrichten zu Ereignissen zeitnah über die vorhandenen Medien abzusetzen, so stehen heute die Vorteile auf den verschiedenen Kanälen der sozialen Medien zur Verfügung.

In den vergangenen Jahren hat der hessische BdV-Landesverband versucht,

diesen Wandel in Ansätzen konsequent mitzugehen und dabei auch den hessischen BdV-Kreisverbänden und landsmannschaftlichen Gruppierungen anhand von Beispielen Schritt für Schritt näher zu bringen. Öffentlichkeitsarbeit, die ausschließlich auf die bisher klassischen Medien setzt, wird langfristig einen Großteil der Menschen und somit die potenziellen Zielpersonen nicht mehr erreichen können. Vor diesem Hintergrund wurde das jetzige Internet-Portal auf ein den heutigen Ansprüchen gerechtes Content-Management-System migriert und die Nutzung als reaktionsfähige Website für alle Touch-Geräte und Smartphones optimiert. Darüber hinaus garantiert die Nutzung der wichtigsten Social-Media-Plattformen in Deutschland, wie Facebook, Instagram, YouTube und weiteren Diensten die Vorteile der interaktiven Nachrichtenübermittlung.

Aus diesem Grund bleibt es Aufgabe des BdV-Landesverbandes, auch die BdV-Kreisverbände und die landsmannschaftlichen Gruppierungen verstärkt für die Öffentlichkeitsarbeit im digitalen Zeitalter zu gewinnen, mit dem Ziel, ein einheitliches Corporate Design für den BdV-Landesverband Hessen zu erreichen. Mit einem kürzlich erstellten Leitfaden über Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird den Untergliederungen ein Hilfsmittel an die Hand gegeben, dessen Inhalt mit den Zielgruppen in Seminaren vertieft werden soll. ■



Teilnehmer der Organisationstagung (Foto: CB)

80. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen

Schicksal der Deutschen aus Russland kennen und verstehen

Am 28. August 2021 jährte sich der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Umsiedlung der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen“ zum 80. Mal. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 befahl Stalin, Hunderttausende deutschstämmige Sowjetbürger nach Sibirien zu deportieren. Anlässlich dieses 80. Jahrestages machte die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, auf die Bedeutung des „Deportationserlasses“ aufmerksam:

Als „Deportationserlass“ wird der Erlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben“ bezeichnet. Dieser Erlass ist als Schlüsselergebnis in der über 250-jährigen Geschichte der Russlanddeutschen zu werten, denn er hatte weitreichende, grausame Folgen für die Deutschen, die seit 250 Jahren in Russland lebten. Zuerst wurden mit diesem Erlass die Wolgadeutschen haltlos der Kollaboration mit Hitler-Deutschland beschuldigt und infolgedessen gemeinsam mit nahezu allen anderen Russlanddeutschen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion in wochenlanger Fahrt in Güterwaggons hinter den Ural, nach Kasachstan und Sibirien deportiert. Die Fahrt in die Verbannungsgebiete kostete infolge der unbeschreiblichen Umstände besonders alten Menschen und Kindern das Leben. Insgesamt waren Hunderttausende Russlanddeutsche von der Deportation betroffen. Der „Stalin-Erlass“ bildete den Anfang einer systematischen, repressiven Politik gegen Deutsche in der Sowjetunion.



Schutzhaft, Zwangsarbeit, Rechtlosigkeit und gesellschaftliche Ausgrenzung waren die Folgen. Mit der sogenannten „Umsiedlung“ in Gebiete östlich des Urals war auch verbunden, dass die Russlanddeutschen ihre Privilegien, wie ein eigenes Schul- und Bildungswesen und eine eigene Gerichtsbarkeit verloren. Fortan war auch die Verwendung der deutschen Sprache unter Strafe gestellt.

Sobald die Russlanddeutschen in den Gebieten östlich des Urals angekommen waren, mussten sie in verschiedenen Arbeitslagern auf Baustellen, in Bergwerken und in den Wäldern schwerste körperliche Arbeiten verrichten und waren Zwangsarbeiter in der sogenannten Trud-Armee. Die Trud-Armisten bestanden aus Männern zwischen 15 und 60 Jahren sowie aus Frauen, die keine Kinder unter drei Jahren zu versorgen hatten. Infolgedessen blieben die Kinder, die älter als drei Jahre waren, sich selbst überlassen und wurden somit dem Tod preisgegeben. Aber auch die Trud-Armisten waren den körperlichen Strapazen der schweren Arbeit und den unerträglichen seelischen Belastungen nicht gewachsen und starben vor Hunger und Erschöpfung. Ohne die Angehörigen zu benachrichtigen, wurden die Leichen in Massengräbern verscharrt.

„Folgen des Stalin-Erlasses waren, dass die Deutschen in der Sowjetunion für rechtlos erklärt wurden, in jahrzehntelanger, erzwungener Verbannung in Sondersiedlungen leben mussten und ihre Bürgerrechte verloren. Dies führte nicht nur zu körperlichem und seelischem Leid bei den Betroffenen, sondern auch zu einer dauerhaften Entwurzelung, da der Volksgruppe die Grundlage der nationalen Identität geraubt wurde. Unter diesem Trauma leiden viele der Deutschen aus Russland bis heute“, erklärt Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Margarete Ziegler-Raschdorf betont, dass die Hessische Landesregierung das schwere Leid, welches die Russlanddeutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg erleiden mussten, anerkennt und es auch als ihre Aufgabe versteht, die Erinnerung an dieses schwere Schicksal nicht nur bei den Russlanddeutschen selbst, sondern innerhalb der gesamten Bevölkerung ins Bewusstsein zu rufen und wach zu halten. Die Geschichte



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (Foto: LBHS)

der Russlanddeutschen sei Teil gesamtdeutscher Geschichte.

„Es ist gut, dass die Russlanddeutschen hier in Hessen, wie auch in ganz Deutschland sich dazu entschlossen haben, besondere Projekte anlässlich des 80. Jahrestages des Deportationserlasses zu verwirklichen. Dies macht deutlich, dass die Russlanddeutschen diesen Gedenktag besonders würdigen und mit den angesprochenen Projekten darauf aufmerksam machen möchten“, so Margarete Ziegler-Raschdorf. Beispielsweise hat der Bundesverband der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) eine Gedenkschrift mit dem Titel „Unschuldiges Leiden. Gedenkschrift zum 80. Jahrestag der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion“ veröffentlicht und die Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen (IDRH) hat das Projekt „80 Jahre Deportation. Wir erinnern uns.“ gestartet. Dabei berichtet die Erlebnis-, Kinder- und Enkelgeneration mit Fotos, Videos und geschriebenen oder gesprochenen Texten über das Vertreibungsschicksal der Familienangehörigen.

„Mein Anliegen als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ist es, an das schwere Schicksal und die Deportation der Deutschen aus Russland zu erinnern und auch die deutsche Öffentlichkeit darüber zu informieren. Bei der Pflege ihrer Traditionen, aber selbstverständlich auch bei der Eingliederung in die hiesige Gesellschaft will ich die Russlanddeutschen nach besten Kräften unterstützen“, erklärt die Landesbeauftragte. ■

Tiefer Einschnitt in der Geschichte der Volksgruppe

80 Jahre Stalin-Erlass zur Deportation und Verbannung der Russlanddeutschen

Zum 80. Jahrestag des Stalin-Erlasses zur Verbannung der Russlanddeutschen erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius am 28. August:

Genau heute vor 80 Jahre ließ Stalin den Erlass verabschieden, mit dem die Sowjetregierung am 28. August 1941 das Schicksal der Deutschen in Russland besiegelte und Hunderttausende in die Verbannung und zur Zwangsarbeit deportierte. Diese Vorgänge forderten zahllose Todesopfer. Die Russlanddeutschen traf das Vertreibungsschicksal somit schon zwei Monate nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion. Aber bereits zuvor, in den Jahren 1937 bis 1938, hatte es die sogenannte „Große Säuberung“ gegeben, im Zuge derer 55.000 Deutsche exekutiert und erschossen wurden.

Das Jahr 1941 wurde dann zum vernichtenden Schicksalsjahr für mehr als eine dreiviertel Million Russlanddeutsche. Mit der Verbannung nach Kasachstan, an den Ural und nach Sibirien endete eine Epoche. Die sozialen, kulturellen, administrativen und in vielen Fällen auch familiären Strukturen der Volksgruppe wurden nachhaltig zerstört.

Dem Erlass-Unterzeichner Michail Iwanowitsch Kalinin, Vorsitzender des Obersten Sowjets, setzte man später ein besonderes Denkmal

mit der Umbenennung der ostpreussischen Stadt Königsberg und dem sie umgebenden Regierungsbezirk.

Erst 1964 wurde der pauschal erhobene Vorwurf der Kollaboration mit den Nationalsozialisten als unbegründet bezeichnet und durch eine Teilrehabilitierung zurückgenommen. Es war das Eingeständnis der Sowjetunion, seine deutsche Bevölkerung schuldlos der Heimat verwiesen zu haben. Im „Wiedergutmachungs-Erlass“ von 1964 behauptete die Regierung, dass die Heimat der Deportierten nunmehr neu besiedelt sei und dass die deutsche Bevölkerung an ihren neuen Wohnorten in den Zielgebieten der Deportation Fuß gefasst habe. Damit wurden die Russlanddeutschen letztlich nochmals entwurzelt.

Es ist eine Tatsache der Geschichte, dass diese Volksgruppe sowohl im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg zwischen die Räder der Diktaturen geriet. Die Deportation markiert einen tiefen und bis in die Gegenwart nachwirkenden Einschnitt in der russlanddeutschen Geschichte. Es ist daher nur folgerichtig, dass Deutschland bis heute das Kriegsfolgenschicksal der Russlanddeutschen anerkennt und garantiert, dass sie als Deutsche nach Deutschland kommen können.

Christlicher Brückenbauer und Versöhner

Ehemaliger tschechischer Kulturminister Daniel Herman erhält Europäischen Karlspreis

Für seinen großen Einsatz für die deutsch-tschechische Aussöhnung erhielt der ehemalige tschechische Kulturminister Daniel Hermann beim diesjährigen Festakt des 71. Sudetendeutschen Tages in München den Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus den Händen von Bernd Posselt, dem Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe.

Sichtlich bewegt bedankte sich Herman für die Ehrung: „Der Karlspreis ist eine große Ehre für mich. Ich verstehe diese Auszeichnung als Unterstützung der deutsch-tschechischen Verständigung. Der Namensgeber, Kaiser Karl IV., war eine europäische Persönlichkeit, deren Vision uns auch heute noch inspiriert. Unsere Vorfahren haben unter der böhmischen Krone gut zusammengelebt. Diese gemeinsame Geschichte ist für uns tschechischen und sudetendeutschen Landsleute eine Verpflichtung, das große Haus Europa gemeinsam weiter zu bauen.“ Man müsse die eigene Geschichte kennen, um die Zukunft gemeinsam gestalten zu können, erklärte Hermann: „Das ist die Aufgabe, vor die wir alle gestellt werden.“

Deshalb brauchen wir für die deutsch-tschechische Nachbarschaft immer wieder neue Impulse, damit sie lebendig bleibt und alte Vorurteile nicht erneut aufleben.“

Wer Daniel Herman als Festredner anlässlich des zentralen Tages der Heimat des hessischen BdV-Landesverbandes im Jahr 2019 im Biebricher Schloss zu Wiesbaden erlebte, war beeindruckt von seinem Engagement für die Verbesserung des deutsch-tschechischen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg, als er sagte: „Wie ist es möglich, dass soviel Leid zugefügt werden konnte? Nach welchen Regeln und Prinzipien war es möglich, dass die kulturelle und gesellschaftliche Szene solche Taten, für die wir uns heute noch schämen, tolerierte? Und können wir uns dessen sicher sein, dass diese Kräfte heute nicht mehr aktiv sind? Ich bin davon überzeugt, dass, solange wir versuchen, zu verstehen, solange wir Scham empfinden können und solange es jemanden gibt, an den wir Worte mit der Bitte um Vergebung richten können, die Hoffnung besteht, dass die Wunden der Vergangenheit zumindest teilweise verheilen. Und, dass wir an das anknüpfen können, was



Daniel Herman

die Beziehungen zwischen unseren Ländern verstärkt, dass wir nämlich Menschen sind, die geschaffen wurden, um mit anderen Beziehungen der Achtung und des Vertrauens aufzubauen.“

Als „christlichen Brückenbauer und Versöhner, wie kaum ein anderer“ hat Bernd Posselt den Preisträger Daniel Herman gewürdigt. ■

Lexikon der Landsmannschaft Weichsel-Warthe

Überblick über Persönlichkeiten innerhalb Hessens Patenlandsmannschaft zum 70-jährigen Bestehen

Der Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, hat in jahrelanger Arbeit ein biographisches Lexikon zur Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) erstellt, welches zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft erschienen ist. Das profunde Nachschlagewerk trägt den Titel „Biographisches Lexikon zur Geschichte der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) und ihrer Gliederungen – Wer ist und war wer in der LWW“.

„Mit diesem biographischen Lexikon hat Dr. Martin Sprungala etwas Bleibendes für die Landsmannschaft Weichsel-Warthe geschaffen – ein umfassendes Nachschlagewerk über die vielen Persönlichkeiten, welche die LWW in den vergangenen Jahrzehnten geprägt haben“, so die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf. Gleich zu Beginn geht der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier in seinem Grußwort auf die Patenschaft ein, die das Land Hessen 1990 über die Landsmannschaft Weichsel-Warthe übernommen hat und betont in seinem Geleitwort: „Anlässlich der 30-jährigen Patenschaft unseres Landes gelten meine herzlichen Grüße allen Mitgliedern der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Vertriebenenarbeit, das war und das ist vor allem ehrenamtliche Arbeit. Das Jubiläum nehme ich daher gern zum Anlass, allen Mitgliedern für ihr wichtiges Engagement zu danken. Eine solche Patenschaft ist eine mahnende Verpflichtung zum Erinnern und bietet darüber hinaus Raum für Versöhnung, für Verständnis und für Vertrauen.“

Wie Martin Sprungala berichtet, geht die Motivation für dieses Lexikon auf die ehemalige Bundessprecherin Thora v. Bonin zurück, die eine Dokumentation der Geschichte der LWW angeregt hatte. So habe er im Februar 2006 mit der Sichtung aller Heimatzeitungen aus dem LWW-Bereich

begonnen und bei den Aktiven nachgefragt. „Das erste Ergebnis, dass es bereits elf Bundessprecher gegeben hat, war für viele bereits eine Überraschung und Ansporn für weitere

Nachforschungen. Somit begann ich, mich intensiver mit Vorträgen und Artikeln zur Geschichte der LWW zu befassen. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens der LWW und des 30. Patenschaftsjubiläums mit dem Bundesland Hessen ergab sich die einmalige Gelegenheit, dieses Buch zu erstellen – auch mit der Hoffnung auf Nachahmer, in deren Büchern ich weiter nach Biographien noch fehlender LWW-Mitglieder suchen kann“, erläutert der Autor.

Als profunder Kenner der Persönlichkeiten innerhalb der LWW geht er bereits in seinem Vorwort auf die Entwicklung der LWW ein. Erste Gruppen hatten sich bereits in den Jahren direkt nach 1945 und somit nach der Ankunft der Heimatvertriebenen in Westdeutschland gegründet. Die Mitglieder der LWW stammten aus den vier großen Siedlungsgebieten Posener Land, Mittelpolen, Galizien und Wolhynien. Seit jeher ist die LWW von einem gemeinschaftsstiftenden Bewusstsein geprägt, welches von Generation zu Generation weitergegeben wird. Jedoch schwindet die Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung altersbedingt und es bleibt die Bekenntnisgeneration, die den Geist der LWW weiterträgt und auch zukünftig prägen wird. Ziel des Lexikons ist es, die Geschichte der einzelnen Verbände und Gliederungen innerhalb der LWW sowie einzelne Biografien darzulegen und für die Nachwelt zu dokumentieren. Wie Sprungala betont, bestand die Grundlage für seine Recherchen zu diesem Lexikon hauptsächlich aus den Mitteilungsblättern der einzelnen Gliederungen, die jedoch auf Grund von Platzmangel nie alle Berichte sämtlicher Kreisgruppen wiedergeben konnten. Als Fundgrube für die personenkundlichen Unterlagen diente ihm das Mitteilungsblatt Weichsel-Warthe, das seit 1953 erscheint sowie weitere Zeitschriften der Organisationen und das Jahrbuch Weichsel-Warthe, das seit 1955 jährlich herausgegeben wird. „Obwohl Dr. Sprungala selbst die Quellenlage als schwierig bezeichnet, ist es ihm gelungen, ein umfassendes Werk über die hauptsächlich ehrenamtlich Engagierten innerhalb der LWW zusammenzustellen“, betonte Margarete Ziegler-Raschdorf.

In einer Rezension von Hans-Werner Carlhoff, Landesvorsitzender der LWW Baden-Württemberg, heißt es: „Insgesamt

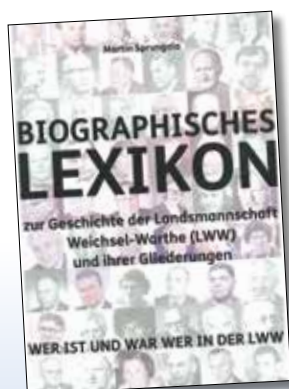


Margarete Ziegler-Raschdorf und Dr. Martin Sprungala bei der Bundeskulturtagung der LWW im Jahr 2018 (Foto: Dr. Martin Sprungala)

handelt es sich bei dem Lexikon um ein hilfreiches Nachschlagewerk, welches man in dieser Art und für die angesprochene Zeitepoche in dieser Präzision und Ausführlichkeit nur selten findet.“

Das biographische Lexikon wird seinem Untertitel „Wer ist und war wer in der LWW“ in jeder Weise gerecht. Denn neben dem Überblick über die Verbandsstrukturen, vom Bundesverband bis hin zu den einzelnen Kreisverbänden, in dem man etwa erfährt, dass der Landesverband Hessen am 22.3.1953 gegründet wurde, enthält das Lexikon einen ausführlichen biographischen Teil. Auf gut 200 Seiten werden in rund 1.380 Kurzbiographien die verschiedenen Akteure der Landsmannschaft Weichsel-Warthe in unterschiedlicher Ausführlichkeit vorgestellt. So gibt es Personen, bei denen nur der Nachname bekannt ist und nur erwähnt werden kann, dass sie ein bestimmtes Amt innehatten, aber natürlich gibt es auch Persönlichkeiten, welche die LWW entscheidend geprägt haben und über die ein längerer Abschnitt nachzulesen ist.

„Dieses Lexikon mit seinen 288 Seiten ist einmalig und mir bleibt nur, Dr. Sprungala für seine jahrelange, aufwändige Arbeit an diesem Werk zu danken. Es ist ein großer Schatz für die Landsmannschaft und für viele Interessierte“, so die Landesbeauftragte abschließend. ■



Geschichte darf nicht verloren gehen

Kultur-Förderpreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft an Julian Klötzl aus Löhnberg

Beim diesjährigen Sudetendeutschen Tag in München wurden erneut bei einem Festakt in der Philharmonie die Kultur- und Förderpreise verliehen, u. a. an Julian Klötzl aus Löhnberg. Klötzl ist Mitglied im Kreisvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft und im Bund der Vertriebenen (BdV) Limburg-Weilburg sowie im Ortsverband Löhnberg. Ausgezeichnet wurde er für seine Forschungsarbeit über die Geschichte und Ahnenforschung hauptsächlich über den Herkunftsort Langlamnitz bei Karlsbad. Es ist der Heimatort seines Großvaters und auch von dessen Cousin Otto Riedl, der den jungen Heimatforscher bei seinen zahlreichen Recherchen Unterstützung gewährte. Mittlerweile sind drei Bände erschienen und ein vierter Band ist in Vorbereitung.

Bei einer Kreisvorstandssitzung wurde diese außergewöhnliche Ehrung nochmals gewürdigt. BdV-Kreisvorsitzender Josef Plahl sagte, man sei hocherfreut, mit Julian Klötzl einen Mann der jungen Generation mit diesem starken Engagement und hohem Interesse an Flucht- und Vertreibungsfragen in seinen Reihen zu haben. Das intensive Nachforschen über seine Wurzeln und seine Heimat sei in höchstem Maße zu loben und anzuerkennen.

Otto Riedl als Kreisobmann der Sude-



Ehrung: (v.l.) Josef Plahl, Julian Klötzl mit Urkunde, Otto Riedl und Vorstandsmitglied Anneliese Ludwig

tendeutschen Landsmannschaft (SL) und Vorsitzender im BdV-Ortsverband Löhnberg war ebenso wie Julian Klötzl der Meinung, dass die „Geschichte der Heimat nicht verloren gehen darf.“ Man sei schon ein wenig stolz, so ein aktives Mitglied zu haben, so Riedl.

Dank und Anerkennung wurden durch Überreichen der Bücher von Peter Glotz „Die Vertreibung – Böhmen als Lehrstück“ und „Von Heimat zu Heimat“ ausgesprochen. Sicherlich werden die beiden Bücher das Interesse des Geehrten finden, denn

Peter Glotz, der aus Eger stammt, war zusammen mit der damaligen BdV-Präsidentin Erika Steinbach Mitbegründer des „Zentrums gegen Vertreibungen“. Außerdem war er Bundestagsabgeordneter und SPD-Bundesgeschäftsführer. Er bezeichnete die Vertreibung als ein Verbrechen und lehnte eine Kollektivschuld ab.

Klötzl merkte dazu an, dass er sich neben der Vertriebenenthematik auch für das Gemeinwohl aller Bürger einsetzen wolle. So habe er auch für einen Sitz im Gemeindeparlament in Löhnberg kandidiert. ■

NACHRUFE

Wir trauern um Friedel Fingerhut

Mit großer Betroffenheit erfuhren wir vom plötzlichen Tod der
Vorsitzenden des BdV-Ortsverbandes Hailer-Meerholz,
stellvertretende Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes Gelnhausen,
Vorstandsmitglied des BdV-Landesverbandes Hessen.

Friedel Fingerhut hat sich jahrelang mit großem Engagement und in hervorragender Weise um die Belange der Heimatvertriebenen gekümmert und war immer gerne eine hilfsbereite Ansprechpartnerin. Sie organisierte mit viel Herzblut viele Veranstaltungen, die gerne angenommen wurden. Wir nehmen Abschied von einer außergewöhnlichen Frau.

Für ihre vorbildliche Arbeit sind wir ihr zu großem Dank verpflichtet.
Ihr Andenken und ihr Wirken werden wir immer in Ehren halten.

**Bund der Vertriebenen Kreisverband Gelnhausen
Bund der Vertriebenen Gründau
BdV-Ortsverband Hailer-Meerholz**

Erinnerung an Schicksal der Heimatvertriebenen

Vertriebenenendenkmal in Alsfeld unter Beteiligung einer Schüler-Projektgruppe wieder eingeweiht

„Wir sind Kinder von der Eger (...)“ so schallten die Klänge der bekannten böhmischen Blasmusik von Ernst Mosch, dargeboten vom Musikverein Leusel bei strahlendem Sonnenschein über den Alsfelder Marktplatz. Anlass für die erste Präsenzveranstaltung nach langer Zeit mit Vertretern aus Politik, Verbänden und Einwohnerschaft war die Wiedereinweihung des Vertriebenenendenkmals, zu welcher Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, sowie der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann Grußworte sprachen.

Das Vertriebenenendenkmal war vor vielen Jahren auf Initiative der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf dem Alsfelder Ludwigsplatz errichtet worden und besteht aus einem Holzpfeiler mit mehreren Hinweisschildern in Richtung der Herkunftsorte im ehemaligen deutschen Osten, aus denen die Heimatvertriebenen stammten: Königsberg, Marienburg, Berlin, Breslau, Troppau, Stettin, Danzig und Eger. Anhand der Kilometerangaben werden die Entfernungen zu den genannten Städten deutlich, so zum Beispiel Eger: 300 km, Breslau: 600 km, Königsberg: 1.000 km.

Denkmal mit vielen Geschichten

Über die Jahre war das Holz des Vertriebenenendenkmals brüchig geworden und hatte eine Restaurierung nötig gemacht. In der Region Alsfeld waren nach dem Zweiten Weltkrieg 5000 Heimatvertriebene aufgenommen worden. „Dieser Wegweiser erinnert sehr konkret an die Vertreibung dieser Menschen aus der alten Heimat. Denn er nennt nicht nur die Orte in den ostdeutschen Herkunftsregionen wie West- und Ostpreußen, Schlesien und das Sudeten-

land, sondern verdeutlicht auch anhand der Kilometerangaben, welche weite Strecken die Heimatvertriebenen zurücklegen mussten. Dies geschah unter großen Strapazen zu Fuß oder in Vertriebenentransporten, bei denen die Menschen in Güterwaggons dicht gedrängt unter schlimmen Bedingungen nach Westdeutschland verfrachtet wurden. An all diese Not, das zwangsweise Verlassen der geliebten Heimat und die Zerschlagung der Lebensgrundlage von Millionen Menschen soll dieses Denkmal erinnern“, verdeutlichte Margarete Ziegler-Raschdorf.

Der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann ergänzte in seinem Grußwort: „Die einzelnen Städtenamen sind Orientierungshilfen über die Herkunft der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen, die in Alsfeld und Umgebung als sogenannte Neubürger eine neue Heimat gefunden haben. Und damit stellt dieses Denkmal ein Stück Erinnerungskultur dar, denn es beinhaltet recht augenscheinlich den Umgang von Betroffenen und der Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit und ihrer Geschichte.“

Hervorzuheben sei die Initiative des hessischen Landesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft – bei der Gedenkfeier vertreten durch den Vorsitzenden des BdV und der SL in Hanau Lothar Streck – und der Stadt Alsfeld unter Bürgermeister Stephan Paule, ein morsches Vertriebenenendenkmal nicht einfach abzuräumen, weil seine Zeit abgelaufen sei, sondern zu restaurieren, so Ziegler-Raschdorf. Für dieses Vorhaben habe sie als Landesbeauftragte gerne eine Förderung aus Landeskulturmitteln unterstützt.

Erinnerungen an Schicksal wachhalten
„Besonders freue ich mich über die großar-

tige Initiative von Oberstudienrat Michael Rudolf, der mit seiner Projektgruppe des Albert-Schweitzer-Gymnasiums die Eröffnungsveranstaltung mitgestaltete“, so die Landesbeauftragte. Seine Schüler hatten Informationen zu jeder genannten Stadt des Wegweisers erarbeitet, welche die jungen Leute den anwesenden Gästen vorstellten. „Das bemerkenswerte Engagement von Herrn Rudolf und seiner Schülergruppe macht große Freude. Es zeigt, dass es möglich ist, für diesen Teil deutscher Geschichte das Interesse der jungen Generation zu wecken. So plant die Schüler-Projektgruppe, eine Broschüre über die Heimatvertriebenen in der Region Alsfeld zu erarbeiten. Ich würde mir wünschen, dass viele Lehrkräfte diesem Beispiel folgen, schließlich ist die Thematik von Flucht und Vertreibung Teil des Kerncurriculums Geschichte für die gymnasiale Oberstufe in Hessen. Als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ist es meine Aufgabe, darauf zu achten, dass die Erinnerung an das Schicksal der Heimatvertriebenen wachgehalten und auch an die nächsten Generationen weitergegeben wird.“



Bürgermeister Stephan Paule und BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann (Foto: Günther Krämer)



Einweihung des Vertriebenenendenkmals in Alsfeld mit der Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf (Bildmitte)



Das Vertriebenenendenkmal auf dem Ludwigsplatz in Alsfeld (Fotos: LBHS)

Menschlichkeit überwindet Hass und Gewalt

Zeichen gegen das Vergessen am Dornberger Schloss in Groß-Gerau enthüllt

„Menschlichkeit überwindet die Spirale von Hass und Gewalt.“ Das ist die zentrale Aussage eines Mahnmals, das vor dem Dornberger Schloss in Groß-Gerau enthüllt wurde. Es zeigt Kinder, Frauen und Männer, die sich in einer sich öffnenden Spirale an den Händen halten: Symbol für den Zusammenhalt aller Menschen und des gegenseitigen Vergebens. Das Mahnmal ist nach einem Entwurf des Stockstädter Architekten und Künstlers Gerhard Habermann von der Firma Metallkultur (Groß-Umstadt) gefertigt worden. Entstanden ist es auf Initiative des BdV-Kreisverbands. Der Kreis Groß-Gerau unterstützte das Vorhaben.

Das Denkmal ist zugleich ein „Zeichen gegen das Vergessen“, wie Helmut Brandl vom BdV-Leitungsteam sagte: „Dieses Denkmal soll verdeutlichen und mahnen zugleich, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“ Vertreibungen dürften nicht das Ergebnis kriegsgerichteter Handlungen sein. „Nur der Verzicht auf Rache und Vergeltung auf erlittenes Unrecht kann den Weg für ein friedvolles Miteinander der Völker ebnen.“



Dr. Christean Wagner, Vorsitzender der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen



Das Mahnmal „Zeichen gegen das Vergessen“ vor dem Dornberger Schloss in Groß-Gerau



Landrat Thomas Will bei seinen Grußworten

Die Idee zu einem für den Kreis zentralen Mahnmal sei 2016 während einer Feierstunde anlässlich der ersten Ankunft deutscher Heimatvertriebener im Kreis 70 Jahre zuvor gereift. Der Gedanke sei in Gesprächen vertieft worden, so Brandl weiter. Schließlich hätten Gespräche mit Landrat Thomas Will zu einem gemeinsamen Ergebnis geführt. Das wurde in der von Hans-Josef Becker (BdV) moderierten Veranstaltung den gut 60 Gästen vorgestellt.

Eine auf der Spirale angebrachte Tafel zitiert einige Sätze aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950. Dort heißt es: „Wir haben unsere Heimat verloren. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten.“ Weiter: „Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“

Helmut Brandl dankte den Geldgebern, die sich neben dem BdV und der Kreisgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft an der Finanzierung beteiligt haben, nämlich dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport und der Kreissparkasse Groß-Gerau sowie weiteren Sponsoren. Sein Dank galt auch einer Bläsergruppe der Siebenbürger Musikanten aus Pfungstadt sowie der BdV-Musik- und Gesangsgruppe Biebesheim/Dornheim, die für die musikalische Gestaltung sorgten.

Landrat Thomas Will ging mit einem Wort von Bundespräsident Frank-Walter Stein-

meier auf den Schriftzug ein: „Deutschland hat ein massives Problem mit Hass und Gewalt.“ Heute würden in bestimmten Kreisen nationale Interessen dominieren, seien demokratiefeindliche Haltungen schick, beförderten Hass und Hetze nicht nur die Spaltung in der Gesellschaft, sondern mündeten sogar in handfestem rechten Terror. „Genau in diesen Zeiten ist Ihr Plädoyer für Menschlichkeit ein starkes Zeichen!“ Weitere Grußworte sprachen Bundestagsabgeordneter Stefan Sauer und der Groß-Gerauer Altbürgermeister Helmut Kinkel.

Der in Königsberg (Ostpreußen) geborene Dr. Christean Wagner zitierte die Königsbergerin Hannah Ahrendt, der zufolge das Heimatrecht das erste Menschenrecht sei. Das gebe Anlass daran zu erinnern, dass nach dem Zweiten Weltkrieg 15 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen mussten, dabei zwei Millionen Flucht und Vertreibung nicht überlebten.

Der frühere hessische Kultus- und Justizminister ist heute Vorsitzender der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. So wies er auch darauf hin, dass gegenwärtig weltweit 80 Millionen Menschen auf der Flucht seien. „Die Erinnerung an die von einem Teil unseres Volkes erlittene Vertreibung gibt uns die Berechtigung und die moralische Verpflichtung, zu den aktuellen Vertreibungen nicht zu schweigen.“ Der Verlust der Heimat löse Schmerz, Schock und nicht selten Traumata aus. Die Vertreibungen von damals sollten nicht vergessen werden: „Es bleibt eine Daueraufgabe für die Zukunft, Vertreibungen zu ächten.“

Hans-Josef Becker

Flucht, Vertreibung, Neuanfang

Eine generationenübergreifende Tagung rund um Storytelling

Vom 16. bis 18. Juli 2021 konnte die Tagung „Flucht, Vertreibung, Neuanfang. Alte Geschichte(n) neu erzählt“ nach pandemiebedingten Einschränkungen im Wiesbadener Wilhelm-Kempff-Haus mit persönlicher Teilnahme stattfinden. Doch auch digitale Elemente wurden passend zur Thematik in das Programm aufgenommen.

In einem Zusammenspiel aus Impulsvorträgen, Workshops und einer abendlichen Autorenlesung näherten sich die Teilnehmer wissenschaftlich, praktisch und kreativ den Themen Oral History und Storytelling an. Wie modernes, multimediales Erzählen aus Erinnerungen kollektive Geschichte(n) entstehen lässt, wurde an drei Tagen aktiv erarbeitet. Dabei stand die Geschichte der Deutschen aus dem östlichen Europa und den damaligen Sowjetstaaten im Vordergrund. Dies stieß auf breites Interesse bei den Teilnehmern, deren Kreis von der Zeitzeugengeneration selbst bis hin zu Nachfahren von Vertriebenen, Studierenden und jungen Erwachsenen reichte.

Zur Tagungseröffnung am Freitagnachmittag unterstrich Dr. Stefan Heck, Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, in seinen persönlichen Grußworten, dass Gedenk- und Kulturarbeit für die hessische Landesregierung auch 76 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges

ein zentrales Anliegen sei. „Der Bund der Vertriebenen in Hessen leistet unter anderem mit Tagungen wie diesen hierfür einen herausragenden Beitrag“, betonte Heck. Wilhelm Beer, stellvertretender Vorsitzender des BdV-Landesverbandes Hessen e.V., knüpfte an diese Bedeutung der Verbandsarbeit an und begrüßte die Gäste dankend im Namen des Landesverbandes.

Agnes Maria Brüggling-Lazar vom Kulturreferat des BdV Hessen führte in einer audiovisuellen Präsentation durch die aktuelle und künftige Veranstaltungsvielfalt des Kulturreferats. Diese bedient sich bereits zahlreicher Formen multi- und crossmedialen Storytellings, so beispielsweise mit digitalen Ausstellungsformaten und dem Podcast-Projekt CULTURE TO GO.

Der weitere Nachmittag legte in Vorträgen Impulse für die Workshoparbeit am darauffolgenden Samstag: So gewährte die freie Journalistin, Autorin und Kulturschaffende Katharina Martin-Virolainen Einblicke in interkulturelle und crossmediale Projekte und erschloss in Vertretung für die Autorin, Heimerzieherin und „Terre des Femmes“-Jugendbotschafterin Julia Kling das Thema transgenerationale Traumaweitergabe. Dr. Sarah Scholl-Schneider, Kulturwissenschaftlerin und stellv. Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung

Rheinland-Pfalz, legte Chancen, Herausforderungen und Perspektiven von Oral History beim Thema Vertreibung dar.

Den Abend beschloss nach persönlichen Worten des Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen e.V., Siegbert Ortmann, eine künstlerische Darbietung: Der in Wien ansässige Autor und Dramatiker Thomas Perle las aus seinem 2018 erschienenen Prosaband „wir gingen weil alle gingen“ und bot einen Vorgeschmack auf sein Stück „karpatenflecken“, das im Dezember 2021 im Deutschen Theater Berlin uraufgeführt und zu seinen weiteren Stationen das Burgtheater Wien sowie das Staatstheater Nürnberg zählen wird.

„Zwischen DNA und Digitalisierung“ bewegte sich der Vortrag des Geschichtsstudenten der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Peter Aifeld am Samstagmorgen. Selbst digital zugeschaltet, führte er die Teilnehmer in die Möglichkeiten privater Ahnenforschung im digitalen Zeitalter heran.

Im Anschluss konnten die Teilnehmer die Vortragsimpulse vom Vortrag in praktischer Workshoparbeit umsetzen. Die Vortragsrednerinnen standen nun als Workshopleitende zu drei Themen bereit. Am Sonntagvormittag teilten die Gruppen ihre Workshopergebnisse mit dem großen Plenum. Workshopteilnehmer berichten im Folgenden selbst über ihre Erfahrungen:

Saskia Groh sagt über den Workshop „Storytelling“ mit Katharina Martin-Virolainen:

„Vormittags tauchten wir zunächst in die Theorie des Storytellings ein. Welche Kommunikationskanäle eignen sich, um eine Geschichte online zu erzählen (Blogs, Soziale Medien, Podcast...) und vor allem: Wie muss ich meine Geschichte aufbereiten, um mein Publikum emotional zu erreichen? Am Nachmittag folgte dann der praktische Teil des Workshops: Wir teilten uns in Kleingruppen auf und setzten ein kleines Storytellingprojekt von der Planung über den Dreh bis hin zum Schnitt komplett um. Obwohl es nicht einfach war, in so kurzer Zeit so viel Material zu sammeln, hatten wir großen Spaß und dank der engagierten Unterstützung durch die anderen Teilnehmer am Ende des Tages eine Instagram Story, die einen guten Überblick über die



Tagungsteilnehmer mit dem BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann

Tagung und die Bandbreite ihrer teilweise sehr emotionalen Inhalte gab.

Auch wenn es ein intensives Wochenende war, war es vor allem bereichernd und hat mich mit vielen tollen und inspirierenden Menschen zusammengebracht, die ich sonst vielleicht nie kennengelernt hätte. Ich würde mich freuen und wäre gerne wieder dabei, wenn es in naher Zukunft nochmals eine ähnliche Veranstaltung gäbe.“

Julia Kling musste quarantänebedingt ihren Workshop „Diese Geschichte gehört mir! – Die Bedeutung von Transgenerationalen Trauma für die Entwicklung der eigenen Identität“ kurzfristig in einer Videokonferenz durchführen. Marta Mainka berichtet zu den Inhalten:

„Die Referentin Julia Kling führte die Teilnehmer mit einem Vortrag ein, der einen großen und vielfältigen Einblick verschafft hat. Traumata prägen den Menschen. Das Sprechen über Verdrängtes und Unausgesprochenes ist der erste Schritt zur Aufarbeitung. Im nächsten Teil hatten die Teilnehmenden den Auftrag, sich zu überlegen, wie sie ein solches erstes Gespräch mit einer betroffenen Person führen würden und was sie beachten würden. Der letzte Teil

war ein kreativer und sehr persönlicher. Die Teilnehmenden erstellten einen Lebensweg mit wichtigen Stationen, die für jeden prägend waren. Anschließend sollte anhand des Weges eine eigene Geschichte/ein eigener Text geschrieben werden. Dabei entstanden sehr unterschiedliche, aber persönliche Texte.

Es war ein gelungener Workshop mit einer sehr kompetenten und empathischen Referentin, die es trotz Videokonferenz geschafft hat, eine sehr angenehme und persönliche/vertraute Atmosphäre zu erzeugen. Eine ausgewogene Mischung aus Wissen und Persönlichem, die für alle Teilnehmenden ein Zugewinn war.“

Dr. Sarah Scholl-Schneider leitete den Workshop „Geschichte(n) erzählen – Zeitzeugeninterviews professionell führen“ gemeinsam mit der Kulturwissenschaftlerin Maria Adam, M.A. Patrick Polling fasst die Workshoparbeit zusammen:

„Nach kurzer gemeinsamer Absprache starteten die zwei Leiterinnen den Workshop, wie geplant, interaktiv. Von der Planung über die Durchführung und Aufbereitung bis hin zur Analyse wurde ein gesamter Interviewzyklus mit Hilfe multimedialen

Materials in Form kurzer Erklärvideos vorgestellt und gemeinsam mit den Mitwirkenden erarbeitet.

Um das neu erworbene Wissen auch in die Praxis umzusetzen, stand den Anwesenden ein sudetendeutscher Zeitzeuge zur Verfügung, mit dem ein Interview vorbereitet und durchgeführt werden sollte. Eine der Teilnehmerinnen meldete sich freiwillig, das Interview mit Siegbert Ortmann, ehemaliger Abgeordneter des hessischen Landtages und Vorsitzender des BdV Hessen, durchzuführen. Etwas über eine Stunde berichtete Ortmann aus seinem Leben, von Kindheit über Vertreibung bis zu seinem Wirken in Deutschland. Im Nachgang wurde das Interview, welches von den anderen Mitwirkenden nur beobachtet wurde, analysiert und aufgearbeitet. Ein informativer und gut organisierter Workshop entlässt die Teilnehmer am Ende des Tages, sodass nun viele ‚professionelle‘ Interviews mit Zeitzeugen geführt werden können.“

Die Tagung war ein voller Erfolg: Generationenübergreifend, interaktiv und teils kreativ, teils wissenschaftlich bildete sie den Auftakt für innovative Tagungsformate und –themen in der Zukunft. Wir freuen uns darauf! ■

Gedenkfeier zum Tag der Heimat

Kranzniederlegungen am Darmstädter Waldfriedhof

Der BdV-Kreisverband Darmstadt-Dieburg hatte mit seinen Landsmannschaften im Rahmen des diesjährigen Tags der Heimat unter dem Motto „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ zur Gedenkfeier am Ehrenmal der Heimatvertriebenen auf den Darmstädter Waldfriedhof eingeladen.

BdV-Vorsitzende Gisela Greiner konnte hierzu zahlreiche Volksvertreterinnen und -vertreter, Ehrengäste, Trachtengruppen und Besucher begrüßen. Für den entschuldigten Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Jochen Partsch, überbrachte Stadträtin Iris Behr die Grüße der Stadt Darmstadt und sprach zu den Anwesenden: „Menschenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus, ideologische und religiöse Verblendung begleiten uns seit dem letzten Jahrhundert. Deshalb ist es richtig, dass sich der Bund der Vertriebenen, so BdV-Bundesvorsitzender Dr.

Bernd Fabritius in seiner Rede zum diesjährigen Tag der Heimat, für die „zweifelsfreie Anerkennung des Heimatrechtes“ aller Menschen und die Einführung eines sanktionsbewährten internationalen Vertreibungsverbotess aussprach. Die Geschichte Europas hat gezeigt, dass Kriege verhindert werden können, indem Völker einander besser kennenlernen, Freundschaften miteinander schließen, sich gegenseitig besuchen. Dr. Fabritius nannte dieses Europa einen „Raum der Freiheit“. Stadträtin Behr ging auch auf die Bedeutung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ein und zitierte dabei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, als er im vergangenen Jahr die Wirkung der Charta und die Leistung der Heimatvertriebenen für den Aufbau unserer Republik für Frieden und Freiheit und für ein geeintes Europa würdigte: „Schon früh nach dem Krieg haben die Heimatvertriebenen mit ihrer Charta auch ganz offiziell einen Ver-



Trachtengruppen aus Schlesien und dem Sudetenland

zicht auf Rache und Vergeltung erklärt. Sie haben damit nicht nur ihren Beitrag zum inneren Frieden im Nachkriegsdeutschland geleistet. Sie haben auf ihre Weise ganz persönlich die Konsequenzen einer Schuld auf sich genommen, die das ganze Volk auf sich geladen hatte. Und sie haben mit der Charta letzten Endes auch dazu beigetragen, dass der Weg der Versöhnung sich öffnete.“ ■

Würdiger Raum der Erinnerungskultur

„Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin eröffnet

Am 21. Juni 2021 ist knapp acht Jahre nach dem symbolischen Baubeginn im Juni 2013 das Dokumentationszentrum der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in virtueller Anwesenheit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel publikumswirksam eröffnet worden. Neben der Bundeskanzlerin sprachen beim Festakt Staatsministerin Prof. Monika Grütters, die als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) dem Stiftungsrat vorsitzt, Stiftungsdirektorin Dr. Gundula Bavendamm sowie die 92-jährige Zeitzeugin Christine Rösch, vertrieben im März 1946 aus Neutitschein in Nordmähren.

Unter den coronabedingt handverlesenen Gästen waren u.a. Alt-Bundespräsident Joachim Gauck und Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble sowie die Botschafter Polens, Tschechiens und Ungarns, Prof. Dr. Andrzej Przyłębski, Dr. Tomáš Kafka und Dr. Péter Györkös. Ebenso anwesend waren Grütters Amtsvorgänger Bernd Neumann, gebürtig 1942 aus Elbing in Westpreußen, der Gründungsdirektor der Bundesstiftung, Prof. Dr. Manfred Kittel, und der ehemalige Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, selbst noch 1943 in Breslau geboren.

Der Bund der Vertriebenen war durch seinen Präsidenten, Dr. Bernd Fabritius, sowie durch die Stiftungsratsmitglieder Stephan Grigat, Christian Knauer, Iris Ripsam und Johann Thießen vertreten. Auch BdV-Vizepräsident Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, wohnte als Stiftungsrat seitens der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dem Festakt bei. Als 1931 im südmährischen Leptitz geborener Zeitzeuge und Vorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen war außerdem Reinfried Vogler eingeladen.

Grütters:

Flucht und Vertreibung lange zu wenig wahrgenommene Wahrheit

Staatsministerin Grütters setzte als erste Rednerin den Ton – und begann mit einem Zitat des ehemaligen Bundesinnenministers Otto Schily vom Tag der Heimat des BdV 1999: „Der geschichtlichen Wahrheit müssen wir uns stellen. (...) Wir dürfen den Blick nicht um der einen oder der anderen politischen Bequemlichkeit willen oder aus



Eröffnungsrundgang mit (v.l.) Staatsministerin Prof. Monika Grütters, Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, Alt-Bundespräsident Joachim Gauck, Stiftungsdirektorin Dr. Gundula Bavendamm und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (Fotos: BKM/Thomas Köhler)

dem einen oder anderen politischen Interesse (...) von der Wahrheit abwenden oder ihr auszuweichen versuchen, weil das nicht in unser vorgefasstes Wahrnehmungsmuster passt.“

Die Staatsministerin ergänzte, dass sich Deutschland mit dem neuen Dokumentationszentrum nun einer lange zu wenig wahrgenommenen Wahrheit stelle: „dem unermesslichen und millionenfachen Leid in Folge von Flucht und Vertreibung im und nach dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg“. Es sei wichtig, dass „individuelle Leidensgeschichten von Heimatverlust und Entwurzelung (...) einen historisch wie politisch angemessenen Platz bekommen“. Eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur könne nur darin bestehen, „der Vielstimmigkeit der Erinnerungen Gehör zu verschaffen und im Sinne eines Erinnerungsaustauschs zu einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, zu Verstehen und Verständigung zu finden“, schloss Grütters mit einem Blick auf konkurrierende nationale Narrative in Europa und die Herausforderungen der Stiftungsarbeit.

Bavendamm:

Flucht und Vertreibung der Deutschen war Unrecht

Daran konnte Dr. Gundula Bavendamm anschließen, indem sie sowohl Aufbau und Inhalte der Dauerausstellung skizzierte als auch auf Bedingungen hinwies, unter de-

nen die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ entstanden war. Als Initiatoren schloss sie dabei Erika Steinbach und Peter Glotz mit in die Entstehungsgeschichte ein. Im Zusammenhang mit der Schwerpunktsetzung auf Flucht und Vertreibung der Deutschen erklärte sie: „Eines ist klar: Ohne die nationalsozialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik hätten nicht 14 Millionen Deutsche (...) ihre Heimat verloren. Das ändert allerdings gar nichts daran, dass auch ihre Vertreibung durch die Alliierten und die ostmitteleuropäischen Staaten infolge des Zweiten Weltkrieges ein Unrecht war.“

Dieses Unrechtsprinzip gelte auch für die Kontextualisierung durch andere Vertreibungsvorgänge, wodurch außerdem sichtbar werde, dass „Zwangsmigration“ – so laut Bavendamm der wissenschaftliche Begriff – bis in die Gegenwart menschliches Leid verursache. Dies veranschaulichte sie mit der Schilderung mehrerer sehr unterschiedlicher, jedoch in der Flucht- bzw. Vertreibungserfahrung ähnlicher Schicksale aus verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher geografischer Herkunft.

Rösch:

Vertreibung mit 40 Kilo Gepäck

An diese Schilderungen anknüpfend, folgte ein bewegender Zeitzeugenbericht der Sudetendeutschen Christine Rösch, die aus der zeitlichen Entfernung eines Dreivierteljahrhunderts auf ihre Vertreibung, auf das Wie-

dersehen mit ihrer Mutter nach über einem Jahr der Trennung und auf ihre Ankunft in Bayern blickte. Heimatliebe und -sehnsucht hätten sie nie losgelassen, in einem langjährigen Hobby, dem Trachtentanz, Ausdruck gefunden – und über die Begegnung mit einer tschechischen Tanzgruppe zu einer viele Jahre währenden, grenzüberschreitenden Freundschaft geführt. Fast im Nebensatz erwähnte Rösch, dass die Geschichte ihrer eigenen Familie im Nordmährischen bis ins 16. Jahrhundert zurückreiche und mit „pro Person 40 Kilo Gepäck“ ihr Ende fand.

Merkel:

Dem Gedenken an Flucht und Vertreibung einen Raum geben

„Niemand kann besser als Sie, liebe Zeitzeugen, vermitteln, was geschehen ist. Sie wissen, wie es war, unter zum Teil lebensbedrohlichen Umständen fliehen zu müssen. Sie wissen, was es bedeutete, aus der Heimat vertrieben zu werden und diesen Verlust ein Leben lang zu tragen“, betonte die per Bildschirm zugeschaltete Bundeskanzlerin Angela Merkel und sprach die anwesenden Zeitzeugen damit direkt an. Deren Berichte würden dazu beitragen, dass die Dimensi-

onen des Erlittenen nicht abstrakt blieben und die Erinnerung an vergangenes Leid wachgehalten würden – mit dem Ziel, aus der Geschichte die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Dabei sei der geschichtliche Kontext entscheidend: „Ohne den von Deutschland im Nationalsozialismus über Europa und die Welt gebrachten Terror, ohne den von Deutschland im Nationalsozialismus begangenen Zivilisationsbruch der Shoah und ohne den von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg wäre es nicht dazu gekommen, dass zum Ende des Zweiten Weltkriegs und danach Millionen Deutsche Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung erleiden mussten.“ Ebenso deutlich erklärte Merkel, deren Mutter aus Danzig stammte und die in der DDR aufgewachsen war, dass das Ende von Flucht und Vertreibung nicht immer das Ende des Leids bedeutete: „In der DDR hatten Vertriebene über ihr Schicksal gleich ganz zu schweigen, aber auch in der früheren Bundesrepublik wurde das Thema lange Zeit in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblendet.“ Dies alles gelte es aufzuarbeiten.

konkret am Stiftungsaufbau Beteiligten schloss sie ausdrücklich auch die Vertreter des Bundes der Vertriebenen im Stiftungsrat ein. Gemeinsam sei es gelungen, „dem Gedenken an Flucht und Vertreibung mit einem sichtbaren Ort in unserer Hauptstadt einen angemessenen und notwendigen Raum in unserer Erinnerungskultur zu geben“.

Virtueller Rundgang durch die Ausstellung

Am Ende des Festaktes wurde ein virtueller Rundgang durch die Dauerausstellung eingespielt, auf den sich RBB-Moderator Sascha Hingst, filmisch dokumentiert, gemeinsam mit Gundula Bavendamm gegeben hatte. Der Film bietet einen Überblick über die Ausstellung und kommentiert zugleich über das Interview mit der Stiftungsdirektorin deren Inhalte. Er endet im Raum der Stille mit der Frage, ob das Dokumentationszentrum tatsächlich zur Versöhnung etwas beitragen könne. Bavendamm antwortet, die Ausstellung könne die Empathie mit Flüchtlingen und Vertriebenen aller Zeiten und Orte stärken, bekennt aber gleichzeitig: „Ich denke, all diese Erfahrungen, die hier stattfinden, können (...) vielleicht in so etwas wie Verständigung oder Versöhnung münden, aber wir können es natürlich nicht verordnen.“

Marc-P. Halatsch



Deutschlandhaus: Sitz des Dokumentationszentrums

Abschließend würdigte die Bundeskanzlerin Stiftung und Dokumentationszentrum in ihrer Entstehungsgeschichte und sparte dabei auch die frühere BdV-Präsidentin Erika Steinbach als Ideengeberin für das „Sichtbare Zeichen“ nicht aus. In ihren Dank an die

Stiftung

Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Stresemannstraße 90

10963 Berlin

☎ 030 206 29 98-0

✉ info@f-v-v.de

🌐 www.flucht-vertreibung-versoehnung.de



Staatsministerin Prof. Monika Grütters



Bundeskanzlerin Angela Merkel

Ein „Vertriebener“ erinnert sich

Eine Holzkiste, die es in sich hat

Die Leute nannten mich „die Vertriebenen-kiste“. Es war eine schlimme Zeit, als ich ins Leben gerufen wurde. Der Krieg war zwar zu Ende, aber für die Deutschen in Ost- und Westpreußen, in Pommern und in Ostbrandenburg, in Nieder- und Oberschlesien und im Sudetenland begann eine schreckliche Zeit. Die Polen und Tschechoslowaken, die auf der Seite der Alliierten standen, begannen 1945 die Deutschen vom Mai bis August 1945 wild zu vertreiben.

Es kam aber auch zu Hausbesetzungen. Plötzlich erschien im Hause ein Pole oder ein Tscheche und sagte zu der Eigentümerin oder dem Eigentümer: „Ab heute gehört Dir nichts mehr. Zieh mit Deiner Familie in ein Hinterzimmer und Du hast für mich als Knecht oder Arbeiter zu arbeiten.“ Bis zum Abtransport nach Deutschland hatte jeder Bauernhof, jeder Handwerksbetrieb oder jede Fabrik einen polnischen oder tschechischen „Kommissar“.

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 gestanden die Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zu, Deutsche aus den oben genannten Ländern nach West-Deutschland „zu überführen“. Die Amerikaner und die Briten bestanden darauf, dass die Überführung in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ stattfinden sollte. Dem war aber nicht so!

Nach dem Willen der Alliierten sollte die sogenannte Überführung der Deutschen in der Zeit von Januar bis November 1946 durchgeführt werden. Als Aufnahmeland für die Sudetendeutschen war überwiegend die amerikanische Zone mit den neuen Ländern Hessen, Bayern und Württemberg-Baden vorgesehen. Die Menschen mussten in ihrer angestammten Heimat so lange warten, bis der Ausweisungsbefehl zugestellt wurde.

Und nun zu mir, der „Vertriebenen-kiste“. Die neuen Machthaber hatten befohlen, dass jede Person 50 Kilogramm als Gepäck mitnehmen durfte. Als sicheres Transportmittel erschienen ihnen Holzkisten. Ich wurde in einem Dorf in Nordmähren im Sudetenland zusammengebaut. In einem Gebiet, das zum Ende des Krieges von Russen besetzt wurde. Und weil ich für den



Vertriebenen-kiste aus Nordmähren

Abtransport bestimmt war, nannten die Menschen mich „Vertriebenen-kiste“. Diejenigen, die mich gezimmert hatten, überlegten lange: „Was können wir für die Fahrt in eine unbekannte Fremde mitnehmen?“ Sie entschieden sich dann für folgende Gegenstände: ein wenig Bettzeug, etwas Kleidung, einen Topf zum Kochen, ein paar Tassen und Teller, einige Fotos und ein Lieblingsstück. Wertgegenstände wurden während des Aufenthalts im Lager für die Zusammenstellung des Transportzuges, der aus 40 Viehwaggons mit je 30 Menschen bestand, meistens abgenommen. Während der Fahrt in den Westen diente mein Deckel den Unglücklichen als Bank, als Tisch und nachts als Schlafstätte. Während der Zugfahrt diente ich auch als Sitzbank. Die Waggoninsassen wechselten sich im Sitzen ab, aber die Gespräche, die ich hörte, erzählten Schreckliches: von Plünderungen, von Vergewaltigungen der Frauen, von Deportationen, von Standgerichten und von Erschießungen.

Zufriedener wurden die Heimatlosen, als es hieß, die Grenze ist überschritten und der Zug befindet sich in Bayern. Schnell wurden die weißen Armbinden mit dem schwarzen Aufnäher „N“ (für Nemecky), die jedermann in der Heimat zu tragen hatte, aus dem Waggon geworfen.

In Bayern hielt der Zug zum ersten Male

auf den Bahnhöfen in Furth im Walde oder in Wiesau in der nördlichen Oberpfalz. Für wenige Tage wurden die Flüchtlinge, wie sie damals genannt wurden, in die dortigen Aufnahme- und Durchgangslager eingewiesen. Den Gebrauch der Begriffe „Vertriebener“ und „Vertreibung“ hatten die Alliierten damals untersagt. Die Menschen wurden gepflegt, Formalien festgestellt und ärztlich untersucht sowie mit DDT-Pulver eingesprüht. Danach fuhr der Zug weiter in eine ungewisse Zukunft.

Nach ein bis zwei Tagen Fahrt kam der Zug in der Oberlahnregion an. Wiederum kamen die Menschen für zwei bis drei Tage in ein Aufnahmeland in Weilmünster, das einstige RAD-Lager oder in Villmar am Bahnhof, um auf die alliierten Vorgaben überprüft zu werden. War dies alles erledigt, kam der Tag der Verteilung auf die Städte und Gemeinden im Oberlahnkreis. Der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung des Kreises stieg im Laufe der Zeit auf 23 Prozent.

Ich kam mit der Familie in eine Wohnung ohne Möblierung, für sie war ich wieder eine echte Hilfe. Aber guten Menschen war es zu verdanken, dass die Wohnung mit Gegenständen ausgestattet wurde. Nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit fand mein Besitzer Arbeit und konnte die Familie ernähren. Ein gewisser Wohlstand zog ein

und etwas später konnte sogar ein Haus gebaut werden. Mich brauchte man nicht mehr und ich wurde in eine Ecke auf dem Dachboden abgestellt. Eines Tages wurde der Speicher aufgeräumt und die Nachkommen meines Erb Bauers waren der Meinung, mich als Sperrmüll auf den Bürgersteig vor dem Haus zum Abholen zu stellen.

Ich hatte Glück! Ein aufmerksamer Nachbar hat mich dastehen gesehen und mich zu

sich ins Haus geholt. Über einen Bekannten ließ er beim Bund der Vertriebenen anfragen, ob dieser an mir Interesse habe. Die Antwort lautete: „Selbstverständlich!“ Da der Bund der Vertriebenen mit Unterstützung der Stadt Weilburg im Erdgeschoss des Komödienbaus in zwei Räumen eine Sammlung von ca. 50 Trachtenpuppen aus ehemals deutschen Siedlungen im Osten Europas eingerichtet hat, fand ich in einem Raum ein neues Zuhause. Ich fühle

mich daheim und hoffe, dass ich ein kleines Zeugnis über die furchtbaren Ereignisse in den Jahren 1945 und 1946 geben kann.

Wenn die Corona-Pandemie überwunden ist, besuchen Sie mich doch einmal. Sie sehen auch ca. 50 Trachtenpuppen aus ehemals deutschen Siedlungsgebieten in Mitteleuropa. Heimatvertriebene Frauen in der Oberlahnregion fertigten sie an. ■

Josef Plahl

Filmvorführung und Gespräch

Dokumentarfilm „Faszination Klöppeln“ wurde bei der diesjährigen Klöppelwoche vorgeführt

Zur diesjährigen Klöppelwoche der Sudetendeutschen Landsmannschaft hatten sich im DJO-Landesheim in Rodholz in der Rhön 15 Damen und zwei Herren zusammengefunden, die unter fachkundiger Anleitung von Ilse von Freyburg, selbst auch Landesfrauenreferentin der SL in Baden-Württemberg, das Klöppeln erlernten oder ihr Können verfeinerten.

Auch der Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Markus Harzer und der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann hatten sich für dieses Jahr zum Besuch angekündigt. Anlass war die Vorführung des Films „Faszination Klöppeln“. Dieser fast einstündige Dokumentarfilm des Wiesbadener Filmemachers Harald Kunze entstand im letzten Jahr während der 34. Klöppelwoche im DJO-Landesheim „Was-serkuppe“ in Rodholz.

Bei seiner Begrüßung erinnerte der BdV-Landesvorsitzende Siegbert Ortmann auch an Rosemarie Kretschmer (1934-2021), die als BdV-Frauenreferentin die Klöppelgruppe der hessischen BdV-Landesfrauengruppe jahrelang mit großem Engagement geleitet hat und im Juni dieses Jahres im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Landesfrauenreferentin Anneliese Ludwig konnte als Nachfolgerin Kretschmers an diesem Tag noch weitere Gäste aus Schlüchtern begrüßen, die selbst großes Interesse am Klöppeln zeigten, unter ihnen auch Sigrid Lamm, deren verstorbene Mutter selbst noch Klöppellehrerin gewesen war.

„Faszination Klöppeln“ war dann auch wirklich faszinierend. Mit wunderschönen Nahaufnahmen und gelungenen Interviews zum Klöppeln und zur Klöppelwo-



Teilnehmer und Gäste, u.a. (li.) SL-Landesobmann Markus Harzer, (2.v.l.) Filmemacher Harald Kunze, (3.v.l.) Kursleiterin und Landesfrauenreferentin der SL Baden-Württemberg Ilse von Freyburg, (5.v.l.) BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann und (4.v.r.) Organisationsleiterin und Landesfrauenreferentin der SL Hessen Anneliese Ludwig (Foto: BdV Hessen)

che hatte Harald Kunze aufgewartet. Der Film lässt die Handarbeiterinnen zu Wort kommen, die über ihre „Faszination Klöppeln“ und teilweise über ihre Flucht- und Vertreibungserlebnisse berichten. Die Dokumentation vermittelt zudem praktisches Wissen über die filigrane Textilgestaltung und trägt dazu bei, jahrhundertealte Traditionen als kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen zu bewahren und fortzuführen.

Die anschließende Diskussionsrunde wurde vom Filmemacher selbst geleitet. Hier ging es nicht nur um den Film, sondern auch um das Drumherum. Landesobmann Harzer nahm einige Anregungen nach Wiesbaden mit, so auch der Wunsch, beispielsweise zusätzlich zu einer ganzen Woche für weitere Interessierte ein Wochenende anzubieten. Harzer versprach, sich darum zu kümmern. Im Anschluss wurde noch die eine oder andere Geschichte erzählt und die Verwandtschaft überprüft – mit teilweise überraschenden Ergebnissen. ■



Von Troppau nach Darmstadt

Ein Sudetendeutscher als maßgebender Architekt der Mathildenhöhe

Mit Freude und Stolz können die Sudetendeutschen feststellen, dass in diesem Jahr die Zahl der Unesco-Welterbestätten nicht nur in Deutschland, sondern auch in Böhmen und Mähren größer wurde. Es wurde schon seit Jahren betont, dass die meisten dieser Welterbe-Denkmäler Tschechiens im Sudetenland liegen oder in deutschen Sprachinseln wie Brünn und Olmütz. Es seien hier vor allem Prag mit seiner Altstadt, die Dreifaltigkeitssäule in Olmütz und die Villa Tugendhat in Brünn, Krumau und Kremsier, Teltsch und die Lichtenstein-Schlösser Feldsburg und Eisgrub in Südmähren erwähnt. Zuletzt kamen noch die Kurorte Karlsbad, Marienbad und Franzensbad dazu.

Dass Deutschland und Tschechien unter elf Kurorten Europas sechs dieser Ehrungen bekamen, zeigt eindrücklich die Bedeutung dieser Städte mit ihren Bädern, denn Österreich wurde mit Baden bei Wien nur einmal berücksichtigt, desgleichen Belgien (Spa), Frankreich (Vichy), England (Bath) und Italien (Montecatini Terme). Aber neben der Aufnahme der drei westböhmischen Bäder sollte keinesfalls vergessen werden, dass auch ein weiteres Welterbe in Deutschland durch einen Architekten aus Sudetenschlesien geprägt wurde: Die Mathildenhöhe in Darmstadt durch Joseph Maria Olbrich aus Troppau. Im Jahr 1899 berief der Großherzog von Hessen-Darmstadt, Ernst Ludwig, den Künstler aus Wien als Gründungsmitglied seiner geplanten Künstlerkolonie in Darmstadt.

Olbrich wurde am 22. Dezember 1867 in der Hauptstadt von Österreichisch-Schlesien geboren. Nach einer Maurerlehre besuchte er die Staatsgewerbeschule in Wien und war nach seinem Examen als Architekt und Bauleiter für Unternehmen in seiner Heimatstadt tätig. 1890 ging er zum Weiterstudium an die Akademie der bildenden Künste nach Wien und erhielt aufgrund seiner hervorragenden Leistungen ein Stipendium in Rom. Als Mitarbeiter von Otto Wagner zeichnete er sich beim Projekt der Wiener Stadtbahn aus, und er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Wiener Secession, für die er das Sezessionsgebäude schuf, das seinen Ruhm ebenso begründete wie seine Wiener Interieurs.



Joseph Maria Olbrich, 1867 – 1908

In Darmstadt war er die führende Künstlerpersönlichkeit, denn seine Architektur prägt die Mathildenhöhe mit ihrem Erscheinungsbild bis heute. Er entwarf das Ernst-Ludwig-Haus als Ateliergebäude und die Künstlervillen, darunter auch sein Wohnhaus am Alexandraweg, die Dreihäusergruppe als Modell neuer Wohnkultur, den Hochzeitsturm und das Oberhessische Haus. Für den Großherzog schuf er das Spielhaus für die Prinzessin Elisabeth und den Musiksaal im Neuen Palais. Sein Ziel war es, mit anderen Künstlern eine Arbeits- und Ausstellungskolonie zu schaffen, die auf der Mathildenhöhe die Verbindung von Kunst und Leben repräsentieren sollte. Im Gegensatz zu seinen Künstlerkollegen kam ihm besonders zugute, dass er über eine fundierte praktische und theoretische Aus-

bildung verfügte. Sein größtes Projekt begann er 1907, als er nach Düsseldorf umzog, um das Warenhaus Tietz zu gestalten. Eine tödliche Krankheit setzte leider schon 1908 seinem Schaffensdrang ein Ende. Die Mathildenhöhe Olbrichs zählt heute zu den wichtigsten Ensembles und Sehenswürdigkeiten des deutschen Jugendstils. Ein Blick in die Tentativliste, d.h. in die Liste mit Kulturgütern, die für eine Nominierung zur Aufnahme in die Welterbeliste vorgesehen sind, weckt Hoffnungen, dass noch weiteres sudetendeutsches Kulturgut als Welterbe anerkannt wird. Schon 2001 wurden die Bürgerhäuser der Spätgotik und Renaissance in Zlabings vorgeschlagen, die Papiermühle aus dem 16. Jahrhundert zur Herstellung von Büttenpapier in Groß-Ullersdorf und die Fischteiche in Südböhmen.



Darmstädter Mathildenhöhe; Hochzeitsturm, Ausstellungsgebäude und russische Kapelle

Leider findet man nur selten Hinweise auf das deutsche ‚Erbe‘, das sich im Weltkulturerbe Tschechiens manifestiert. Dies gilt für viele Welterbestätten im Osten: In der Slowakei ist die Bergbaustadt Schemnitz eine deutsche Gründung, ebenso die Zipser Burg, Leutschau, Kirchendorf und Schugra sowie die Altstadt von Bartfeld. In Pressburg steht die Gedenkstätte und das Grab des Rabbiners Moses Sofer auf der Tentativliste, in Kásmark die Evangelische Holzkirche. Polen ist stolz auf ‚seine‘ Marienburg und die Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer, die aber historisch ebensowenig ursprünglich polnisch sind wie die siebenbürgischen Burgen und Wehrkirchen rumänisch, die mit der Altstadt von Karlsburg und Hermannstadt auf der Tentativliste Rumäniens stehen. ■

Rudolf Grulich



„Es war, als ob ich nie weg gewesen wäre“

Reinfried Vogler beging seinen 90. Geburtstag

Reinfried Vogler wurde am 2. Juli 1931 in Leiptertz, Kreis Nikolsburg, in Südmähren geboren und lebt seit 1969 mit seiner Frau Erika in Kronberg. Kurz vor seinem Geburtstag gab er der Sudetendeutschen Zeitung ein Interview. Gefragt nach seinem Engagement in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, antwortete er: „Geprägt haben mich die Verkündung der ‚Charta der Vertriebenen‘ am 6. August 1950 vor dem zerstörten Schloss in Stuttgart, an der ich teilgenommen hatte, und die Arbeit auf und für den Heiligenhof. Bereits vorher in Heilbronn war ich in der Sudetendeutschen Jugend.“

Von 2012 bis 2021 bekleidete Vogler das Amt des Präsidenten der Sudetendeutschen Bundesversammlung. „Ich habe mich nicht beworben, habe mich immer aktiv für die Sudetendeutschen eingesetzt und etwa die Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk mit aufgebaut und mitgestaltet. Gleiches gilt für den Südmährischen Landschaftsrat und den Sudetendeutschen Rat. Ich bin in der Bundesversammlung dann vorgeschlagen und gewählt worden.“ Zudem ist er seit vielen Jahren Präsident der Landesversammlung der SL-Landesgruppe Hessen und Vorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.

Beruflich übernahm er von 1969 bis 1996 verantwortliche Positionen bei der Arbeits-

gemeinschaft Keramische Industrie und war später Hauptgeschäftsführer dieses Arbeitgeberverbandes.

Gefragt, wann er das erste Mal wieder in seiner Heimat gewesen sei, sagte er: „Wir sind im Frühjahr 1968 nach Mähren gereist. Es war, als ob ich nie weg gewesen wäre. Ich hatte das Gefühl, dass ich jeden Stein noch kenne. Am 1. Mai 1968, also mitten im Prager Frühling, waren wir dann in Prag. Dieses Erlebnis werde ich nie vergessen. Diese Aufbruchstimmung ist leider verloren gegangen. Diese Gespräche, die wir damals mit unseren tschechischen Landsleuten geführt haben, waren von einer Offenheit, die selbst heute noch nicht möglich ist. Es war dann umso schlimmer, aus der Entfernung mitzuerleben, wie brutal der Prager Frühling von der sowjetischen Armee niedergeschlagen wurde.“

Trotz dieser Entwicklung hat Vogler sein Engagement fortgesetzt. „Wir haben unter anderem in Leiptertz gemeinsam mit unseren tschechischen Landsleuten die Friedhöfe restauriert und viele Dokumente gesichert aus der Zeit, als mein Großvater und Urgroßvater dort Bürgermeister waren.“ Auch der Brünner Versöhnungsmarsch, der an den einstigen Brünner Todesmarsch am Fronleichnamstag des 30. April 1945 erinnern soll, liegt ihm am Herzen. „Diese Erinnerung ist von jungen Tschechen in Brunn-



Reinfried Vogler

ins Leben gerufen worden. Mit meiner Teilnahme möchte ich dieses wichtige Engagement unterstützen. Außerdem sind wir das den Toten schuldig.“ Auf die weitere Entwicklung im Nachbarland angesprochen: „Mit Freude stelle ich fest, dass zumindest die junge Generation zunehmend kritischer denkt und auch die eigene Verantwortung hinterfragt. Wir als Sudetendeutsche sind deshalb gut beraten, Geduld zu haben und unseren Kurs der partnerschaftlichen Annäherung weiter fortzuführen, wie wir es bereits in den 1950er Jahren im Wiesbadener Abkommen erarbeitet haben.“

Reinfried Vogler erhielt für sein vielfältiges Engagement 1997 das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland und 2006 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. ■

Zum 70. Geburtstag von Margarete Ziegler-Raschdorf

„Als Landesbeauftragte leistet sie eine hervorragende Arbeit“

Am 6. August feierte die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf ihren 70. Geburtstag. „Meine Füße stecken in Schlesien, meine Heimat ist Fulda“, sagte sie im Fuldaer Stadtschloss bei einem Empfang, bei dem ihr 2019 das Schlesierkreuz der Landsmannschaft Schlesien verliehen wurde. Ihre Eltern wurden aus der Gegend um Neustadt/Oberschlesien vertrieben und gelangten nach Fulda, wo die Jubilarin 1951 geboren wurde.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Referendarzeit in Würzburg, Bamberg und

Schweinfurt folgte das Zweite Juristische Staatsexamen in München. Ziegler-Raschdorf ist Mutter von drei Söhnen und engagiert sich seit 1989 in der CDU für die Belange der Menschen in Fulda. 28 Jahre war sie Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, Sozialausschussvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie Mitglied des Denkmalsbeirates ihrer Stadt.

Von 2004 bis 2009 war sie Abgeordnete des Hessischen Landtages und Vorsitzende des Rechtsausschusses. Außerdem war sie Mitglied des Petitionsausschusses sowie des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Wiedergutmachung. Seit 2009 ist sie Landesbeauftragte



für Heimatvertriebene und Spätaussiedler und arbeitet eng mit dem BdV, den Landsmannschaften und Verbänden der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zusammen. „Als Landesbeauftragte leistet sie eine hervorragende Arbeit“, gratulierte auch Ministerpräsident Volker Bouffier. ■

Trauer um Rosemarie Kretschmer

Verstorbene hat sich in der Frauenarbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft verdient gemacht

Die langjährige Landes- und stellvertretende Bundesfrauenreferentin der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie Landesfrauenreferentin des hessischen Bundes der Vertriebenen, Rosemarie Kretschmer, ist am 11. Juni 2021 im Alter von 86 Jahren verstorben.

„Mit Rosemarie Kretschmer verlieren wir eine engagierte Frau, die auf unterschiedlichen Ebenen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Bundes der Vertriebenen, vom Ortsverband bis auf Bundesebene, aktiv war und sich auf vielfältige Weise eingebracht hat. Gerne erinnere ich mich an die alljährlichen Klöppelwochen, die Rosemarie Kretschmer seit vielen Jahren geleitet hat. So konnte ich sie und die Klöppel-Damen noch im August letzten Jahres in Rodholz in der Rhön besuchen und die Klöppelkunst bewundern“, so Margarete Ziegler-Raschdorf, Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Rosemarie Kretschmer wurde am 22.10.1934 in Römerstadt im Altvatergebirge im heutigen Tschechien geboren und verlebte dort eine schöne und behütete Kindheit. Im April 1946 wurde die ganze Familie Kretschmer vertrieben und kam mit einem Vertriebenentransport nach Wetzlar, wo sie bis zu ihrem Tod gelebt hat. In Atzbach erhielt die Familie für vier Personen eine Ein-Zimmer-Wohnung, durch eine Anstellung des Vaters bei der Firma Leitz in Wetzlar konnten sie 1952 in eine Betriebswohnung in Wetzlar umziehen. Während ihrer Schulzeit auf einem Wetzlarer Gymnasium musste Rosemarie Kretschmer auch die Vorurteile und Ressentiments spüren, die zum Teil unter der heimischen Bevölkerung gegenüber Heimatvertriebenen verbreitet waren. Daher blieben die Jugendlichen unter den Heimatvertriebenen meist unter sich und so lernte sie 1953 auch ihren späteren Ehemann kennen, der aus dem gleichen Kreis im Sudetenland kam wie sie. Das Paar heiratete 1958 und bekam zwei Töchter. Beruflich war Rosemarie Kretschmer als Arzthelferin tätig. Ihr Ehemann verstarb bereits im Jahr 2005.

Der Vater von Rosemarie Kretschmer war schon früh in Hessen in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) engagiert. Als er 1974 verstarb, führte sie seine Arbeit für



Rosemarie Kretschmer im Interview für den Film „VERTRIEBEN – Erinnerungen von Rosemarie Kretschmer“ (Foto: BdV Hessen)

die Heimatvertriebenen weiter. So war sie Betreuerin der Heimatlandschaft Altvater und des Heimatkreises Römerstadt, von 1997 bis 2010 war Rosemarie Kretschmer stellvertretende Bundesfrauenreferentin der SL, seit Mai 2000 stellvertretende Landesfrauenreferentin bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hessen, von April 2004 bis 2020 dann Landesfrauenreferentin der SL in Hessen. Seit Mai 2004 war sie zudem Mitglied der SL-Bundesversammlung. Rosemarie Kretschmer hat sehr gern gebastelt und so kam sie zur Klöppelgruppe der SL, an den alljährlichen Klöppelwochen nahm sie seit rund 25 Jahren teil und übernahm vor einigen Jahren deren Leitung und Organisation.

Im Bund der Vertriebenen (BdV) war sie ebenfalls aktiv und hatte hier seit 2004 das Amt der Landesfrauenreferentin inne. Von 2002 bis 2012 war sie Vorsitzende des BdV-Ortsverbandes Wetzlar, seit 2013 bis zu ihrem Tod stellvertretende Vorsitzende. Im März 2001 wurde Rosemarie Kretschmer für ihre großen Verdienste mit dem Silbernen Ehrenabzeichen des BdV und im November 2009 mit der BdV-Verdienstmedaille ausgezeichnet. Anfang Mai dieses Jahres hat der BdV-Landesverband Hessen ein Video mit Rosemarie Kretschmer veröffentlicht, in dem sie über ihre Vertreibung berichtet. Es ist eine bleibende Erinnerung an die Verstorbene. Der Film „VER-

TRIEBEN – Erinnerungen von Rosemarie Kretschmer“ ist auf dem YouTube-Kanal des BdV-Landesverbandes CULTURE TO GO abrufbar.

Ebenfalls auf CULTURE TO GO und der Webseite des BdV Hessen (www.bdv-hessen.de) ist der Dokumentarfilm des Filmemachers Harald Kuntze „Faszination Klöppeln“ jederzeit abrufbar, in dem Rosemarie Kretschmer als BdV-Frauenreferentin und Leiterin der jährlichen Klöppelwoche im DJO-Landesheim „Wasserkuppe“ in Poppenhausen-Rodholz zu sehen ist. Der Film entstand während der 34. Klöppelwoche der Frauengruppe des hessischen BdV-Landesverbandes im August 2020.

Im Namen der Hessischen Landesregierung sprach die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf ihren zwei Töchtern und allen Hinterbliebenen ihr aufrichtiges Beileid und Mitgefühl aus: „Seit Beginn meiner Tätigkeit als hessische Landesbeauftragte hatte ich engen Kontakt und Austausch zu Rosemarie Kretschmer und stand mit ihr in herzlicher und freundschaftlicher Verbindung. Ich erinnere mich gerne an viele schöne Begegnungen und gute Gespräche. In stiller Mittrauer wünsche ich allen, die der Verstorbenen nahestanden, in der schweren Zeit der Trauer Kraft und Gottes Segen“, so Ziegler-Raschdorf. ■



Landesverband Hessen e.V.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.

 Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

 0611 36019-0

 0611 36019-22

 buero@bdv-hessen.de

 www.bdv-hessen.de

www.bund-der-vertriebenen-hessen.de

 www.facebook.com/bdvhessen

 www.instagram.com/bdv_hessen

10. Oktober 2021

Tag der Heimat, BdV-Kreisverband Hochtaunus

Gonzenheim, Bürgerhaus, 14.30 Uhr

Tag der Heimat, BdV-Kreisverband Limburg-Weilburg

Weilmünster, Bürgerhaus



16. Oktober 2021

73. Landesverbandstag

BdV-Landesverband Hessen

Wiesbaden, Haus der Heimat, Großer Saal

19. Oktober 2021

Eröffnung der Ausstellung „Im Fluss der Zeit. Jüdisches Leben and der Oder“

BdV-Landesverband Hessen

Wiesbaden, Haus der Heimat, 18.00 Uhr

Ausstellungsdauer: 19. Oktober – 19. Dezember 2021

23. Oktober 2021

Verbandstag

BdV- und SL-Kreisverband Groß-Gerau

Stockstadt, kath. Begegnungsstätte

1. November 2021

Totengedenken

BdV-Kreisverband Limburg-Weilburg

Weilburger Friedhof, Braunfelser Weg

6. November 2021

Totengedenken

BdV Löhnberg

Gedenkstein Schletstein in Löhnberg

14. November 2021

Kranzniederlegungen zum Volkstrauertag

BdV-Kreisverband Groß-Gerau

Ehrenmale im Kreisgebiet Groß-Gerau

11. Dezember 2021

Weihnachtsfeier

BdV-Kreisverband Groß-Gerau

Biebesheim, Kulturhalle

Die Bibliothek des BdV-Landesverbandes

Die öffentliche Bibliothek des BdV-Landesverbandes Hessen e.V. bietet mit über 10.000 Werken Informationen zur deutschen Geschichte, Kultur und Literatur im östlichen Europa sowie zur Geschichte und Gegenwart der europäischen Nachbarn.

Öffnungszeiten

Montag, Dienstag, Donnerstag 9.00 – 15.00 Uhr

Freitag 9.00 – 12.00 Uhr und nach Vereinbarung.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35

65185 Wiesbaden

 0611 – 360 1918

 0611 – 360 1922

 bibliothek@bdv-hessen.de

 www.bdv-hessen.de

Absender:



BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F

Das Kunstforum Ostdeutsche Galerie

Das Kunstforum Ostdeutsche Galerie (KOG) ist ein Kunstmuseum mit einer herausragenden Sammlung von Werken deutscher Künstler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa. Bis zur Wiedervereinigung wurden auch Werke von Künstlern aus der DDR gesammelt. Sitz des Museums ist Regensburg, wo viele Sudeten-deutsche nach der Vertreibung eine neue Heimat fanden. Aufgrund ihrer jahrhundertalten historischen und kulturellen Bindungen zu den Böhmisches Ländern übernahm die Stadt 1951 die Patenschaft über die sudeten-deutsche Volksgruppe.

Das Museum wird im Rahmen des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes zu 50 Prozent vom Bund, zu 20 Prozent vom Freistaat Bayern und zu 30 Prozent von der Stadt Regensburg gefördert. Alle zwei Jahre vergibt das Museum den Lovis-Corinth-Preis.

Neben Lovis Corinth, Markus Lüpertz, Ludwig Richter, Bernard Schultze oder Katharina Sieverding sind viele namhafte Künstlerinnen und Künstler in der 1966 gegründeten Sammlung vertreten. Sie umfasst Kunst aus über zwei Jahrhunderten – von der Romantik über die Klassische Moderne bis zur Gegenwart. Insgesamt zählt sie etwa 2.000 Gemälde, 500 Skulpturen und Plastiken sowie 40.000 Zeichnungen und weitere Arbeiten auf Papier.

Die Dauer- und Sonderausstellungen

In der Dauerausstellung erwartet die Besucher eine Reise durch über 200 Jahre Kunst und Geschichte mit Stationen an Orten wie Breslau, Danzig, Königsberg oder Prag. Ein Abstecher auf der Zeitachse führt in die „Goldenen Zwanziger“ und in die Zeit des Eisernen Vorhangs. Die Gegenüberstellung von Werken deutscher, tschechischer, russischer und polnischer Künstler zeigt,

dass der Austausch zwischen Ost und West auch während der Teilung Europas lebendig blieb. Der Rundgang endet, wo er begann: im Kuppelsaal des Jugendstilbaus. Hier sind Werke einiger Künstler vereint, die mit dem Lovis-Corinth-Preis ausgezeichnet wurden, darunter Katharina Sieverding oder Markus Lüpertz.

Wechselnde Sonderausstellungen widmen sich thematischen Schwerpunkten, herausragenden Persönlichkeiten der Kunstgeschichte sowie zeitgenössischen Positionen. Ein Beispiel für die Gegenwartskunst ist die markante Säuleninstallation an der Museumsfassade. Die tschechische Künstlerin Magdalena Jetelová integrierte sie in den ursprünglichen Jugendstilbau, der Ende der 1960er-Jahre bis zu seiner Eröffnung 1970 großzügig erweitert wurde. Im Jahr 2020 feierte das Museum sein 50. Jubiläum.



(Foto: Studio Zink Fotografen)



Stiftung

Kunstforum Ostdeutsche Galerie

📍 Dr.-Johann-Maier-Straße 5
93049 Regensburg

☎ 0941 29714-0
☎ 0941 29714-33
✉ info@kog-regensburg.de

🌐 www.kunstforum.net
📘 www.facebook.com/kunstforum-ostdeutschegalerie

Öffnungszeiten

Dienstag – Sonntag 10.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 20.00 Uhr